Einzelpreis 70 Pfg. · 5. Jahrg. Mittwoch, 25. Januar 1922 Nummer 41 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt" — „Frauen-Welt" und „Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus monatlich 21.— M. für den Monat Januar, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg 55.— M., für das übrige Ausland 75.— M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30

Die zehngespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 1.75 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1.50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Worte-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Noch keine Lösung der Steuerfrage

Die Bürgerlichen wollen nicht!

Weder die interfraktionellen Sitzungen noch die Beratungen der Fraktionen haben gestern zu einer Klärung in der Steuerfrage geführt. Die Rechtssozialisten bestanden darauf, daß der Besitz zu einem deutlich sichtbaren Opfer bereit sei, das zum mindesten in der Aufbringung einer Goldzwangsanleihe bestehen müsse; Verzinsung und Amortisation hätten in den nächsten Jahren Industrie und Landwirtschaft zu tragen. Die Verhandlungen darüber stießen besonders bei der Deutschen Volkspartei auf starken Widerstand. Der Reichskanzler erklärte schließlich, daß unter diesen Umständen an eine Erweiterung der Regierung nach rechts nicht zu denken sei. Die Rechtssozialisten betonten, daß die Goldzwangsanleihe ihr letztes Wort sei, und nachdem die Deutsche Volkspartei trotzdem auf der Ablehnung bestand, brachen sie ihre Teilnahme an den weiteren Verhandlungen ab.

Es wird sich nur darum handeln, wie Zentrum und Demokraten sich die weitere Behandlung der Sache vorstellen. Die Arbeiterklasse muß jedenfalls verlangen, daß mit der Heranziehung des Besitzes zu den Lasten des Staats und der Repation Ernst gemacht und die politische Lage nicht infolge der Unfähigkeit und des schlechten Willens der bürgerlichen Parteien einer neuen Katastrophe entgegengeführt wird!

Die Agrarier gegen die Getreideumlage

Der Reichslandbund hat dem Reichskanzler eine Eingabe unterbreitet, in der er verlangt, daß sofort eine Erklärung abgegeben werde, ob für das kommende Wirtschaftsjahr 1922-23 „irgendwelche zwangsgesetzlichen Maßnahmen bezüglich des Getreides beabsichtigt sind". Die Eingabe ist mit der Drohung versehen, daß für den Fall keine befriedigenden Zusicherungen gegeben werden, die Gefahr bestehe, „daß diejenigen Landwirte, auf die die Umlage des laufenden Wirtschaftsjahres besonders drückend gewirkt hat, zu einer extensiven, d. h. möglichst wenig kostspieligen Wirtschaft übergehen müssen." Ferner heißt es: „Wir legen ganz besonderen Wert darauf diese Zusicherung möglichst umgehend zu erhalten, da von der Beantwortung der Frage der Erfolg der Kreditaktion der deutschen Landwirtschaft in ausschlaggebender Weise abhängig ist."

Der Reichslandbund ist deutlich. Er will die Regierung durch die Drohung des Rückganges des Anbaues von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die gleichbedeutend ist mit der Aushungerung des deutschen Volkes, gefügig machen. So sieht der Patriotismus der Besitzenden aus! Wenn es an ihren Geldbeutel geht, dann schrecken sie selbst vor den schlimmsten Maßnahmen nicht zurück, obwohl dadurch Hunderttausende von Menschen der Unterernährung und dem Hungertode ausgeliefert sind.

Amerika will nicht nach Genua

London, 24. Januar.

Einer Meldung aus Washington zufolge, sind Staatssekretär Hughes und Hoover gegen die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua oder an irgendeiner anderen Wirtschaftskonferenz, bevor nicht Frankreich dem ursprünglichen Flottenübereinkommen zustimmt und eine weniger kriegerische Haltung annimmt, bevor nicht Rußland sein Heer abrüstet und bevor nicht Europa allgemein seine durch die militärischen Ausgaben aus dem Gleichgewicht gebrachten Budgets in Ordnung bringt.

Um den englisch-französischen Garantievertrag

Paris, 24. Januar.

Der Londoner Korrespondent des „Temps" berichtet, es gäbe in London eine lebhafte Opposition gegen eine Ausdehnung des französisch-englischen Garantievertrages über 10 Jahre hinaus. Bestenfalls werde man ein Abkommen für 20—25 Jahre hinnehmen. Der heikelste Punkt der Erörterung sei die Frage, auf welche Gebiete sich die Garantie erstrecken soll. Die Engländer seien zwar einig darüber, daß das ganze englische Volk wieder zu den Waffen greifen müsse, falls die französische Grenze bedroht sei, sie seien aber geteilter Meinung, wenn etwa Schwierigkeiten an der Ostgrenze der Besetzungszone entstehen sollten. Außerdem wolle man aber in England den territorialen Stand in Europa, wie er im Versailler Vertrag festgesetzt sei, nicht. Besonderes Mißtrauen zeige sich Polen gegenüber; auch hier werde alles von den Ereignissen abhängen. Französischerseits dürfe man nicht versuchen, die Klauseln allzu streng zu fassen. An einer Stelle seines Artikels sagt der Korrespondent, es gäbe Engländer, die die Gefahr nur von französischer Seite kommen sehen; das sei eine der Folgen der Besetzung von Frankfurt und Darmstadt im April 1920.

Die Verhandlungen zwischen dem französischen Botschafter in London und Lord Curzon über den Schutzvertrag sollen am Donnerstag beginnen.

Russische Vorbereitungen für Genua

OE. Moskau, 24. Januar.

Die Mitglieder des Allrussischen Zentralexekutivkomitees sind zu einer außerordentlichen Session am 27. Januar einberufen worden, die über die Teilnahme Sowjetrußlands an der Genueser Konferenz beschließen und die Wahl der Konferenzdelegation vornehmen soll. Die Antwortnote Tschitscherins auf die Einladung Bonomis erklärt, daß die russische Delegation mit allen Vollmachten ausgestattet sein werde. Ferner enthält die Note die Aufforderung, möglichst bald genaue Angaben über die Zusammensetzung der Konferenz und über ihr Programm zu machen, damit die Sowjetregierung die Möglichkeit habe, rechtzeitig dazu Stellung zu nehmen.

Tschitscherin wendet sich in einem Rundschreiben gegen die Behauptung der französischen Presse, daß Sowjetrußland die Konferenz von Genua dazu ausnutzen werde, um sie zu einer Propagandatribüne zu gestalten. Dies sei absolut unwahr. „Wir erstreben schon lange eine Annäherung an die anderen Mächte, vor allem in Wirtschaftsfragen, und gehen mit dieser Absicht zur Konferenz. Der Wiederaufbau Rußlands ist die Aufgabe der Sowjetregierung, die damit nicht den leisesten Gedanken an Propaganda verbindet. Wenn der „Temps" vom 18. Januar sich auf die „Prawda" beruft, die von einer Fortsetzung unseres Kampfes in einer neuen Form spricht, so meint die „Prawda" nichts anderes als den Kampf um unsere Existenz und die Befestigung der Volksregierung in Rußland."

Die Donau als Wasserweg nach Rußland

Berlin, 24. Januar. (Intel.)

Seit einigen Tagen weilen höhere Beamte des österreichischen Bundesministeriums für Volksernährung in Berlin, um mit der deutschen Regierung wegen einer gemeinsamen Ausnützung der Donau als Wasserweg nach Rußland Verhandlungen zu pflegen. Durch diesen Weg wäre die direkte Verbindung zwischen den Häfen Südrußlands und Mitteleuropas geschaffen. Nach Berechnung von Sachverständigen kommt der Transport auf dem Donauwege sogar nach Nordrußland viel billiger als der bisherige Weg Stettin—Petersburg. Die Balkanstaaten, die als Transitländer in Betracht kommen, vor allem Rumänien und Jugoslawien, sind mit diesem Plan einverstanden, da auch sie sich durch die Verwirklichung dieses Projektes Nutzen erhoffen, doch hängt die Realisierung des Planes davon ab, wie sich die Konferenz von Genua zum Wiederaufbau Rußlands stellen wird.

Das Schicksal Kleinasiens

London, 24. Januar.

Reuter meldet aus Konstantinopel, die Verhandlungen zwischen Frankreich und Großbritannien über die Probleme des Nahen Ostens seien soweit vorgeschritten, daß Lord Curzon eine Note unterbreitet habe, in der die Bedingungen Großbritanniens auseinandergesetzt werden. Es verlautet, daß die Räumung Smyrnas zugestanden werde unter angemessenen Bürgschaften für die griechischen Minderheiten, darunter insbesondere die Ernennung eines griechischen Generalgouverneurs und die Abänderung der Grenze Thraziens, die wie vorgeschlagen werde, etwa südlich Midia am Schwarzen Meer über Tschorlu verlaufe und bei Rodos am Marmarameer endigen solle. Diese Grenze werde jedoch sowohl in französischen als auch in türkischen Kreisen als strategisch mangelhaft und als eingegeben von dem Wunsche, die Eigenliebe der Griechen nicht zu verletzen, angesehen. Man hoffe daher, daß die Grenze so abgeändert werde, daß sie auch die Dardanellen umfasse mit einem besonderen Regime für West-Thrazien nach Abhaltung einer Volksabstimmung. Das türkische Kabinett hoffe, bald konkrete Vorschläge unterbreiten zu können, die nicht nur annehmbar sein werden, sondern auch eine Grundlage für ein Einvernehmen mit den gemäßigteren Elementen in Angora bieten werden, wo in der letzten Zeit eine ernstliche Wandlung entstanden sei. Die diktatorische Haltung Mustapha Kamel Paschas sei auf starken Widerstand gestoßen.

Die Neugliederung des Reiches

Berlin, 24. Januar.

Die Zentralstelle für die Gliederung des Reiches hat in ihrer Vollsitzung am 24. Januar außer zur Frage „Groß-Hamburg" zu den Fragen „Hohenzollern" und „Waldeck-Pyrmont" Stellung genommen. Hinsichtlich Hohenzollerns hat die Kommission mit Stimmenmehrheit beschlossen, daß die Entwicklung der Frage „Groß-Schwaben" zunächst abgewartet werden müßte, ehe über die Zukunft Hohenzollerns ein abschließendes Urteil gefällt werden könnte. Bezüglich Waldeck-Pyrmonts wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: Die Zentralstelle stimmt der Angliederung Pyrmonts an Preußen zu. Sie hält aber auch das Weiterbestehen des Landes Waldeck, das ohnehin schon seit 45 Jahren eines selbständigen Lebens als Land entbehrt, nicht als im Sinne der Reichsverfassung liegend und empfiehlt dem Reichsminister des Innern alsbald unter Anhörung der Waldecker Bevölkerung Verhandlungen wegen einer Vereinigung Waldecks mit Preußen herbeizuführen.

Zwischen Mittwoch und Freitag

Noch jedesmal, wenn die außenpolitische Lage zu einer schnellen und entschlossenen Entscheidung drängte, hat sich die deutsche Bourgeoisie als unfähig zur Lösung des Problems erwiesen. So war es beim Abschluß des Friedensvertrages im Sommer 1919, so war es bei der Entscheidung über das Londoner Ultimatum im Mai 1921, so war es bei der Frage, ob die Entscheidung des Völkerbundes über Oberschlesien angenommen werden sollte, so ist es auch jetzt wieder, wo es sich darum handelt, daß Deutschland seinen guten Willen für die Wiedergutmachung und für den Wiederaufbau erweisen soll. Eines der stärksten Argumente für den französischen Nationalismus ist der Hinweis auf die Tatsache, daß heute noch, im vierten Jahre nach der Beendigung des Völkermordens, weite Gebiete Nordfrankreichs noch alle Spuren der Kriegsverwüstungen zeigen. Und daran knüpfen die Poincaré die Behauptung, daß die deutsche Wirtschaft sich ungehindert entfalten könne, während die wichtigsten Industriegebiete Frankreichs noch brach lägen. Es ist erklärlich, daß unter solchen Umständen der Wiedersöhnung des französischen und des deutschen Volkes immer neue Schwierigkeiten entstehen, und daß beim französischen Bürgertum die Meinung auch heute noch leicht Glauben finden kann, Deutschland habe zwar den Krieg verloren, aber Frankreich müsse die Folgen tragen. Wir brauchen nicht auseinanderzusetzen, daß Darstellungen von dieser Art in die Irre führen. Das deutsche Volk leidet unter den Kriegsfolgen sicherlich viel schwerer als das französische Volk; nur eine kleine Schicht der Bevölkerung, die besitzende Klasse, findet diesseits wie jenseits des Rheines auch jetzt seine Rechnung. Und wenn man einen Vergleich anstellen wollte, wer sich während des Krieges und in der Nachkriegszeit am meisten bereichert hat, so wird man zwischen der deutschen und der französischen Bourgeoisie schwerlich einen großen Unterschied entdecken können.

Das darf uns jedoch nicht an der Feststellung der Tatsache hindern, daß die besitzenden Klassen in Deutschland bisher nur wenig dazu beigetragen haben, um die ihnen obliegenden Verpflichtungen zur Wiedergutmachung zu erfüllen. Ihre Parteien, voran die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, sehen kaltlächelnd zu, wie die Geldentwertung immer weiter fortschreitet, wie eine Teuerungslawine nach der anderen sich auf das Volk wälzt, wie die Staatsfinanzen immer schneller dem Bankrott zueilen. Die bisherigen Regierungen haben nur wenig getan, um diesem Zustande ein Ende zu bereiten. Soweit wir überhaupt Besitzsteuern haben, stehen sie entweder auf dem Papier oder sie sind in solche Formen gekleidet, daß sie leicht auf die Warenverbraucher abgewälzt werden können. — Die Einkommensteuern werden beim Bürgertum so spät eingetrieben, daß die wirklich gezahlte Steuermark nur einen Teil der Einkommensmark darstellt. Der Staatshaushalt stützt sich heute vornehmlich auf die Einnahmen aus dem Steuerabzug, auf Zölle und indirekte Abgaben.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat schon vor vielen Monaten verlangt, daß endlich dem Besitz energisch zu Leibe gegangen werde. Wir dürfen daran erinnern, daß wir bei der großen Steuerdebatte am 8. November als einzige Partei uns nicht nur in der Kritik erschöpften, sondern positive Vorschläge als Ausweg aus dem Finanzelend zeigten. Im Mittelpunkt unserer Forderungen stand die Erfassung der Sachwerte. Selbst in Arbeiterkreisen ist damals die Bedeutung dieser Forderung nicht recht gewürdigt worden. Nachdem auch die Gewerkschaften sich für sie einsetzten, mußten die Rechtssozialisten sich der Forderung nach Erfassung der Sachwerte anschließen und sie in den Mittelpunkt ihrer Steuerpolitik stellen. Die Kommunisten hatten im Mai 1921 noch andere Parolen auf ihre Walze und darum glaubten sie zuerst die Forderung nach Erfassung der Sachwerte mit einem höhnischen Grinsen beiseite schieben zu können. Die Arbeiter, so erklärten sie damals, hätten genug damit zu tun, wenn sie auf die demnächst bevorstehende revolutionäre Umwälzung hofften, denn dann würden sie aller Steuersorgen los sein. Inzwischen möge der kapitalistische Staat selbst zusehen, wie er seine Lasten verteile, das Proletariat brauche sich darum nicht zu kümmern. Etwas später kam dann die Erleuchtung von Moskau und die zwang die Leitung der Kommunistischen Partei, eine neue Steuerparole auszugeben. Nunmehr wurde auch von ihnen die Forderung der Erfassung der Sachwerte aufgestellt, zugleich aber in ein alleinseligmachendes Dogma gepreßt: wer sich im Gebrauch der kommunistischen Parolen vergriff, oder wer etwa gar andere Möglichkeiten zur Belastung des Besitzes vorschlug, der war jetzt ein Verräter, ein Levit oder ein Stinnesknecht.

Immerhin machte die sich anbahnende Verständigung der ganzen Arbeiterklasse auf unsere Forderung einen starken Eindruck auf das Bürgertum. Die Vorschläge einiger kapitalistischer Kreise, durch eine private Anleihe im Auslande dem Reiche die Mittel zur Wiedergesundung seiner Staatswirtschaft zuzuführen, waren der erste, wenn auch ganz unzulängliche Erfolg unserer Forderungen. Freilich ist aus diesen Vorschlägen nichts geworden, übrig blieben nur

die von der Regierung eingebrachten Steuervorschläge, die eine neue starke Belastung der minderbemittelten Bevölkerung und eine ganz unzureichende Erfassung des Besitzes bringen sollen. War das Kabinett Wirth außenpolitisch den Richtlinien gefolgt, die von der Unabhängigen Sozialdemokratie von jeher aufgestellt worden waren, so hat es innerpolitisch bisher noch immer gezögert, die notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen. Zwar hat Herr Dr. Wirth nach der Ermordung seines Freundes Erzberger in einer ersten Aufwallung seines gerechten Zornes damit gedroht, daß er sich an die Seite des Proletariats stellen werde, wenn es sich darum handele, den Widerstand der besitzenden Klassen gegen ihre Heranziehung zu den Lasten des Staates niederzuwerfen. Aber es ist bei dieser Drohung geblieben, dem starken Worte folgte nicht die entscheidende Tat. Herr Dr. Wirth ist eben führendes Mitglied des Zentrums und das hat nicht nur mit demokratischen und proletarischen Strömungen zu rechnen, sondern es unterliegt außerordentlich stark dem Einfluß seiner kapitalistisch interessierten Teile. Aus diesem Grunde wich der Reichskanzler jedem Kampfe aus und er suchte nach einem Kompromiß.

Wenn die deutsche Arbeiterklasse geschlossen und von einem einheitlichen Willen beseelt wäre, so könnte der Ausgang des Ringens um die Verteilung der Lasten nicht zweifelhaft sein. Aber die Bourgeoisie verdankt ihre augenblickliche Stellung weniger der eigenen Kraft, als der Zerrissenheit des deutschen Proletariats. Der rechtssozialistischen Politik sind die Flügel gebrochen, seitdem sie mit Parteien des Bürgertums eine Arbeitsgemeinschaft eingegangen ist. Die Kommunisten auf der anderen Seite besorgen durch ihre fortgesetzt betriebene Taktik der Spaltung und des Putschens aufs trefflichste die Geschäfte der Bourgeoisie. Während sie täglich zweimal die Gebetsformel von der proletarischen Einheitsfront murmeln, sind sie unausgesetzt damit beschäftigt, ihre eigenen Reihen von Leviten und ähnlichen „Subjekten" zu säubern. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat auf ihrem Leipziger Parteitage unzweideutig erklärt, daß sie jede neue Belastung der minderbemittelten Bevölkerung ablehnt, und daß deshalb vor allem die schädlichen Wirkungen der Geldentwertung beseitigt werden müssen. Sie hat weiter das ganze Proletariat zur Durchkämpfung der bekannten Steuerforderungen der Gewerkschaften, die ja ihre eigenen Forderungen sind, aufgerufen. Wir wollen den Kampf aufnehmen und wir wollen unsere ganze Kraft für ihn einsetzen. Nicht an uns also liegt es, wie dieser Kampf durchgeführt, ob er zu einem guten Ende geleitet werden kann und ob er bereits in diesem Augenblick erfolgreich beendet werden kann oder mit erhöhter Kraft fortgeführt werden muß.

Der Reichstagspräsident Löbe hat in seiner Sonntagsrede erklärt, daß das Kabinett Wirth vielleicht schon am Mittwoch erledigt sein könne. Wir würden dann vor einer ganz neuen Situation stehen. Will die Bourgeoisie es dahin treiben, daß zum Freitag kein greifbares Angebot der deutschen Regierung zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen vorliegt, so muß sie damit rechnen, daß nicht nur die Keime einer außenpolitischen Verbesserung für Deutschland zerstört werden, sondern, daß sich auch die ganze deutsche Arbeiterklasse wie ein Mann zum Kampfe gegen sie erhebt.

Neue Devisenhausse

Die Kurse für ausländische Zahlungsmittel sind in den letzten Tagen wiederum in die Höhe gegangen. Die Spekulation scheint offenbar des Glaubens zu sein, daß die Unsicherheit der äußeren und die krisenhafte Zuspitzung der inneren Lage Anlaß genug sei, um eine neue Hausse zu entfesseln. Gestern vormittag ging der Dollar bis auf 213 hinauf, später verlor sein Kurs wieder etwas, die amtliche Notierung nannte ihn mit 209. Die rechtsstehende Presse stellt die neue Entwertung der deutschen Mark mit Befriedigung fest, denn je weniger das deutsche Geld gilt, desto höher steigen die Profite der kapitalistischen Kreise. Die „Deutsche Tageszeitung" stellt die Ursache für die Aufwärtsbewegung der Devisenkurse folgendermaßen dar: „Es müssen Devisen beschafft werden; außerdem brauchen Industrie und Handel Devisen. Man spricht andauernd von Zwangsanleihe, und die Sozialisten verlangen ein sichtbares Opfer des Besitzes, nicht etwa der „werktätigen" Bevölkerung etwa durch Verlängerung der Arbeitszeit." Schamloser kann sich die Abneigung der besitzenden Klassen und besonders der agrarischen Kreise gegen ihre Heranziehung zu den Staatslasten nicht äußern. Die arbeitende Bevölkerung wird den Hohn, mit dem sie hier überschüttet wird, damit beantworten, daß sie in verschärfter Form den Kampf um die Erfassung des kapitalistischen Profits aufnimmt und nicht eher ruht, bis er zu einem wirklichen Erfolg führt.

Bürgerliches Rätselraten

Die bürgerliche Presse ist über den Ausgang der Wahlen in Braunschweig sehr enttäuscht. Der kleine Fortschritt, den die Demokraten zu erzielen vermochten, gibt der „Vossischen Zeitung" Veranlassung, auf die angeblichen Verdienste der Demokraten im Freistaat Braunschweig hinzuweisen. Die Verdienste bestehen darin, daß die Demokraten in Braunschweig den Wahlkampf mit denselben Verleumdungen bestritten wie der berüchtigte Landeswahlverband. Daß sie ihre Stimmenzahl von 20 000 auf 28 000 erhöhen konnten, verdanken sie einem unsauberen Wahlmanöver, indem sie den Kleinbauern die Aufteilung der Domänen versprachen, obwohl sie genau wußten, daß ein derartiges Versprechen undurchführbar ist. Ganz mit Recht weist die „Vossische Zeitung" darauf hin, daß die Finanzen des Braunschweigischen Staates sehr stark von den Einnahmen aus dem Domänenbesitz abhängen, dessen Ertrag zur Verringerung des übrigens sehr geringen Defizits dem Staat ungeschmälert erhalten bleiben müßte. Wie soll der Braunschweigische Staat sich den ungeschmälerten Domänenbesitz erhalten, wenn er, wie es die Demokraten ihren Wählern versprochen haben, in kleine Besitzungen zerschlagen wird?

Die „Vossische Zeitung" glaubt schließlich den Braunschweigern gute Ratschläge erteilen zu können. Sie meint, es müsse eine „Beruhigung des Landes" eintreten. Dabei herrscht in Braunschweig seit der Revolution mustergültige Ruhe und Ordnung. Der Spektakel geht ausschließlich von den bürgerlichen Parteien aus, deren Lügennachrichten allerdings von der übrigen Presse im Reich bereitwillig aufgegriffen werden. Schließlich besteigt die „Vossische Zeitung" ihr altes Steckenpferd. Sie wirbt für eine Koalition der Mitte, von den Rechtssozialisten bis zur Deutschen Volkspartei. Dabei gibt es in Braunschweig eine Deutsche Volkspartei nur dem Namen nach. Sie ist in Wirklichkeit mit den Deutschnationalen in dem sogenannten Landeswahlverband vereinigt, und die führenden Köpfe dieses reaktionären Mischmaschs versuchen sich gegenseitig in ihrer bornierten Beschränktheit und politischen Unfähigkeit zu übertrumpfen. Ganz abgesehen davon, daß Rechtssozialisten und Volkspartei in Braunschweig keine Mehrheit hinter sich haben, würde auch die rechtssozialistische Arbeiterschaft dieses freventliche Spiel nicht mitmachen, obgleich der Rechtssozialist Dr. Jasper sehr stark mit diesem Gedanken kokettiert.

Die „Berliner Volkszeitung" hebt ganz richtig hervor, daß sich die Volksparteiler in Braunschweig in keiner Weise von den Deutschnationalen unterscheiden und keinerlei Gewähr für eine republikanische Politik bieten. Wenn sie aber den Vorschlag einer Regierungsbildung zwischen den Rechtssozialisten und den Unabhängigen unter Hinzuziehung der Demokraten für den richtigen Ausweg hält, so vergißt sie, daß sich die Braunschweiger Demokraten von der Volkspartei so wenig unterscheiden wie diese von den Deutschnationalen und daß darüber hinaus schon allein die sozialistische Mehrheit einen derartigen Gedanken außerhalb des Rahmens einer ernsthaften Diskussion stellt.

Ein Polizeipräsident

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 24. Januar.

Der frühere durch die Kahr-Krise beseitigte Leiter der bayerischen politischen Polizei, Oberamtmann Dr. Frick, wurde gestern vom Münchener Schöffengericht wegen Beleidigung der Redakteure der „Münchener Morgenpost" zu 200 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. Frick hatte gelegentlich des Verbotes der „Münchener Morgenpost" im August vorigen Jahres gegenüber dem bei ihm vorstellig werdenden Betriebsrat der Druckerei des Blattes erklärt: „Warum wenden Sie sich an uns, wenn Sie durch das Verbot arbeitslos werden? Wenden Sie sich doch an die Schweinehunde von Redakteuren, die so etwas schreiben. Gehen Sie ihnen an die Kehle." Der Rechtsbeistand Fricks hatte den Schutz des § 193 in Anspruch genommen mit der Begründung, daß ein Vertreter des Staates das Recht haben müsse, seiner Auffassung über das Verhalten der Redakteure in dieser Form Ausdruck zu geben. Frick selbst erklärte, das Verbot der „Morgenpost" sei erfolgt wegen eines Artikels, der sich gegen die Behauptung der „Süddeutschen Monatshefte" über angebliche Dokumentenfälschung Eisners wandte und wegen eines Artikels „Miesbacher Rundreise", in dem Waffenschiebungen aufgedeckt wurden. Bezeichnenderweise waren diese Gründe in dem Verbot selbst nicht angeführt, sondern nur solche allgemeiner Art, u. a. landesverräterische Schreibweise.

Trotz Aufhebung des Ausnahmezustandes hat der Polizeipräsident Nortz folgende Stelle eines Plakates des Republikanischen Reichsbundes gestrichen: „Das alte Kaiserreich ist zusammengebrochen. Auf seinen Trümmern will ein besseres Deutschland entstehen. Die Verfassung von Weimar, Republik und Demokratie ist das Fundament dieses neuen Baues deutscher Zukunft." Gegen diese ungesetzliche Zensur ist Beschwerde eingelegt worden.

Die Verschacherung der Häfen

Im preußischen Handelsministerium fanden am letzten Freitag Besprechungen über die beabsichtigte Verschacherung der Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen an den Stinneskonzern statt. Dabei stellte sich heraus, daß Vertreter des Handelsministeriums monatelang an den Verhandlungen des Stinneskonzerns teilgenommen hatten, ohne der Regierung davon Mitteilung zu machen. Sie haben also der beabsichtigten Verschacherung von Staatseigentum an das Privatkapital Vorschub geleistet, und wir nagelten denn auch dieses sonderbare Verhalten gebührend fest. Das preußische Handelsministerium fühlt sich jetzt veranlaßt, gegen unsere Darstellung zu polemisieren und die Beamten in Schutz zu nehmen. Es wird behauptet, die betreffenden Beamten hätten lediglich den Weisungen des früheren Ministers für öffentliche Arbeiten und dann denen des Handelsministers Folge geleistet. Welcher Minister ihnen die Vollmachten gegeben hat, wird wohlweislich verschwiegen.

Das preußische Handelsministerium würde gut tun, die Polemik gegen uns einzustellen, dafür aber der Oeffentlichkeit gegenüber endlich einmal klipp und klar zu erklären, welche Maßnahmen es gegen die Pläne der Stinnesleute ergriffen hat. Daß es notwendig ist, dem beabsichtigten Raub von Staatsgut energisch entgegenzutreten, hat der Abgeordnete Hue vor einigen Wochen überzeugend im „Vorwärts" nachgewiesen.

Anerkennung sozialistischer Schularbeit

In einem Bericht des „Berliner Tageblatts" über die Arbeiten des Thüringer Landtages heißt es: „Zu dem Gesetzentwurf des Thüringer Volksbildungsministeriums für die Gestaltung der Einheitsschule hat der Thüringer Lehrerverein nunmehr Stellung genommen. Der Bund begrüßt den Entwurf, weil er sich darstelle als wohldurchdachter Plan, der die bestehenden praktischen Notwendigkeiten durchaus treffe, der weiteren Entwicklung des Schulwesens im Sinne des Einheitsschulgedankens die Wege ebne, ohne doch herkömmliche Verhältnisse mehr als nötig und ratlich sei zu erschüttern und bestehende Anschauungen zu verletzten." Daß nach demselben Bericht die „Freunde der humanistischen Gymnasien" in einer Eingabe an den Landtag ohne jeden Grund behaupten, der Volksbildungsminister Greil wolle bei der Reform der höheren Schulen das humanistische Gymnasium überhaupt beseitigen, ändert nichts an der Tatsache, daß hier auch von bürgerlicher Seite die sozialistische Arbeit für die Schulen anerkannt wird. Die thüringischen Lehrer scheinen jedenfalls nicht an jener nationalistischen Borniertheit zu leiden, die man in manchen Kreisen der Lehrerschaft in Berlin und an anderen Orten findet und die sich darin äußert, daß sie jeden von sozialistischer Seite ausgehenden Reformversuch ablehnen, ohne es auch nur der Mühe für wert zu halten, sich mit ihm sachlich zu beschäftigen.

T.-U. gegen T.-U.

Die Bemühungen der Schwerindustrie, die Oeffentlichkeit in ihrem Sinne zu beeinflussen, hat dazu geführt, daß sie sich die Kontrolle über eine große Reihe von Pressunternehmungen sicherte, zu denen auch das Nachrichtenbureau „Telegraphen-Union" gehört. Die Telegraphen-Union hat diese Abhängigkeit freilich immer bestritten. Daß sie aber in der Tat besteht, geht nicht nur aus der einseitigen Stellungnahme hervor, die die Nachrichten dieses Bureaus einnehmen, sondern auch daraus, daß eine Gruppe der Anteilseigner der Telegraphen-Union, also eigentlich Leute, die es wissen müssen, einen Prozeß gegen die Leitung des Unternehmens angestrengt hat, weil diese durch die Verbindung mit der Schwerindustrie die frühere Unabhängigkeit des Bureaus aufgegeben hat. In diesem interessanten Prozeß, zu dem ein großes Zeugenaufgebot zu erwarten ist, findet am 26. Januar vor dem Landgericht I, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 16-18, Zimmer 9, um 9½ Uhr ein Termin statt.

Eine Herausforderung

„Klassenkämpfer" Noske als rechtssozialistischer Reichstagskandidat

Wie wir dem „Harburger Volksblatt" entnehmen, ist auf Vorschlag des Vorstandes der rechtssozialistischen Organisation des Kreises Harburg der jetzige Oberpräsident und frühere Reichswehrminister Gustav Noske mit allen gegen vier Stimmen als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Vorher hatte Noske eine Rede über die politische Lage gehalten, in der er „herunter von der Phrase" forderte und dann folgendes ausführte:

Jede Illusionspolitik, wie die der U. S. P. führt zum Rückschlag. Narrheit ist es, sich einzubilden, daß der Aufruf: Grenzpfähle nieder! irgend welche wirkliche Bedeutung hätte. Täusche man sich doch nicht über die Kraft der internationalen Beziehungen. Hinter den dahinrauschenden Reden französischer Sozialisten steht nichts! Die französische Partei der Sozialisten hatte auch vor dem Kriege nicht so viel Mitglieder wie Hamburg Sozialdemokraten, und wir sind noch weit entfernt davon, eine sozialdemokratische Bewegung im Ausland zu erleben.

Der katholischen Kirche ist es in Deutschland noch nie so gut gegangen wie bei der Koalitionspolitik. Für uns ist das Zusammenarbeiten mit dem Zentrum genau so gefährlich wie mit der D. V.-Partei, denn es droht eine nicht zu unterschätzende Katholisierung der Staatsämter. Die Bedeutung des Katholizismus wird fühlbar werden bei bevorstehenden Kundgebungen anläßlich des Todes des Papstes.

Der Völkerbund ist geplatzt. Es besteht nur noch die kleine Internationale der Siegerstaaten, deren Verhalten Oesterreich gegenüber geradezu himmelschreiend ist. Wenn wir angesichts der Bedrängung durch die Siegerstaaten nicht verstehen, einen vaterländischen Ton anzuschlagen, laufen uns die Leute nach rechts weg. Wir haben Fehler gemacht. Gestehen wir es ein. Dagen wir ein mit allen Sozialisierungsbestrebungen, solange die akademische Jugend nicht gewonnen worden, die schlimmstes Proletariat darstellt.

Noske meinte dann, daß man auf die Haltung Englands nicht bauen dürfe, denn es wünsche eine Neuregelung der Weltwirtschaft nicht etwa aus Liebe zu Deutschland, sondern aus selbstsüchtigen Gründen. Wir hören weiter:

Haben wir aber die Politik der Erfüllung gefordert, treten wir auch für indirekte Steuern ein, denn nach dem Versailler Friedensvertrag darf unsere Steuerleistung nicht niedriger sein als in den Siegerstaaten. Ich gebe zu, daß der frech auftretende Luxus einer dünnen Schicht der Bevölkerung Darbende dazu verleiten kann, ihnen auf der Straße die Kleider vom Leibe zu reißen, aber es ist falsch zu glauben, die Besitzenden zahlten nicht. Nur die Erhebung der Besitzsteuer ist langsam erfolgt, und die Einziehung großer Beträge ist oft verpaßt worden.

Sollen wir es nun zu einer Reichstagsauflösung treiben? Nein! Die Wahlen werden nicht anders ausfallen als in Thüringen und Hessen. Unsere guten Genossen werden standhalten. Die „Radikalen" werden wieder gelb werden, die Demokraten werden zerfalern und die Rechtsparteien werden gestärkt werden. Mit den U. S. P.-Leuten kann nicht regiert werden. Wir kämen also wieder zur Koalitionsregierung auf schmälerer Grundlage.

Zum Schluß: Unsere Not lindert nicht die „internationale Solidarität." Deutschlands Not und Elend retten uns, weil sie zur Folge haben Not und Elend in den Siegerstaaten.

In der Diskussion erklärten sich erst zwei Redner mit Noskes Ausführungen einverstanden und dann berichtete der Vertreter des Kreisvorstandes, daß man nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten auf Noske aufmerksam geworden sei. Einzelne Genossen hätten bei den Vorbesprechungen zwar ein gewisses Befremden gegen die Aufstellung Noskes gezeigt, aber auch andere Kreise seien an ihn herangetreten, und Noske sei „ein alter bewährter Klassenkämpfer, der in den verflossenen Jahren der Revolutionswirren auf hartem Posten stehen mußte wider seinen eigenen Willen."

Die Aufstellung Noskes als Reichstagskandidaten muß auf den größten Teil der Arbeiterschaft wie eine Herausforderung wirken. Nicht nur bei uns, auch in weiten Kreisen der rechtssozialistischen Partei besteht ein so heftiger Widerwille gegen diesen Mann, daß er sich wiederholt in Ausschlußanträgen geäußert hat. Wem etwa die bisherigen Taten Noskes nicht mehr in Erinnerung sein sollten, den müssen die Ausführungen in der Harburger Versammlung über die Gesinnung dieses Mannes die Augen öffnen. So spricht nicht ein Sozialist, sondern einer, dem die proletarische Empfindungswelt schon längst fremd geworden ist und der an die Seite der Winnig und Paul Müller gehört. Und eine Essenstirnigkeit sondergleichen gehört schon dazu, sich trotz alledem von Arbeitern mit einem Vertrauensposten belehnen zu lassen. Wie die rechtssozialistische Parteileitung den Harburger Streich aufnehmen wird, bleibt noch abzuwarten, der „Vorwärts" hat sich bisher noch nicht dazu geäußert. Wir aber sagen jetzt schon, daß kein ehrlicher Arbeiter daran denkt, sich mit diesem Noske in eine Einheitsfront zu stellen.

Die reaktionäre Presse singt Herrn Noske bereits Jubelhymnen; was aber werden die Rechtssozialisten in Sachsen, Thüringen und Braunschweig dazu sagen, daß ihr Parteigenosse alles in den Schmutz zieht, was sie in der gemeinschaftlichen Regierung mit den Unabhängigen Sozialdemokraten zu verwirklichen suchen?

Kleine Nachrichten

Arbeit für die Republik. In Weimar fand am Sonntag unter dem Vorsitz des Thüringischen Staatsministers, Frhr. von Brandenstein, eine Konferenz der Vorstände des Republikanischen Reichsbundes von Weimar und Bayern, des Republikanischen Lehrerbundes und des Republikanischen Richterbundes statt. Es wurde ein gemeinschaftliches Arbeiten auf allen Gebieten der Ausbreitung republikanischer Kultur und Gesinnung zur Festigung der demokratischen Republik verabredet. Insonderheit ist die Gründung weiterer Ortsgruppen in die Wege geleitet worden.

Redakteur Wandt aus der Haft entlassen. Am 11. Oktober 1921 wurde, wie noch bekannt sein dürfte, der Redakteur Wandt unter der Anschuldigung des diplomatischen Landesverrats (Veröffentlichung von Geheimdokumenten) verhaftet. Es handelt sich um Kriegsgerichtsakten der 4. Armee, welche Wandt in dem gegen ihn anhängigen Beleidigungsprozeß wegen des Buches „Etappe Gent" zur Führung des Wahrheitsbeweises benutzen wollte. Obwohl R.-A. Bahn in einer anderen Strafsache Haftkaution gestellt hatte, mußte Wandt 15 Wochen in Untersuchungshaft zubringen. Jetzt stellte sich aber der Verdacht des Landesverrats als haltlos heraus und demgemäß wurde Wandt auf telegraphische Anweisung des Oberreichsanwalts gestern aus der Haft entlassen.

Der Vertrag von Lana. Der Ausschuß des österreichischen Bundesministeriums für Aeußeres hat den Vertrag mit der Tschechoslowakei von Lana mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Hungerstreik im Lemberger Zentralgefängnis ist nach viertägiger Dauer beendet worden, nachdem den politischen Häftlingen eine Besserung ihrer Lage zugesagt worden war.

Kommunistenverhaftungen in Polen. Im Revier von Bochnia wurde unter den Bergarbeitern eine große Anzahl von Verhaftungen vorgenommen. Den Bergarbeitern wird kommunistische Propaganda zum Vorwurf gemacht.

Sozialistische Kritik am Schulgesetz

Der Entwurf eines Reichsschulgesetzes ist nach Abschluß der Aussprache zur ersten Lesung der Ausschußberatung überwiesen worden. Gestern kamen vorwiegend die Vertreter der Linken zum Wort. Sie zerzausten das Machwerk mit eindringlicher Kritik. Für die U. S. P. legte Genosse Kunert die unerträglichen Mängel des Entwurfs dar. Später nahm der rechtssozialistische Staatssekretär Heinrich Schulz das Wort zu einer Rechtfertigungsrede. Er mochte des Glaubens gewesen sein, daß nun die schwersten der Angriffe auf sein Kind vorüber seien, doch er hatte sich in dieser Annahme getäuscht. Denn die Kritik stieg — soweit äußere Formen in Betracht kamen — jetzt erst auf den Höhepunkt. Klara Zetkin, die Kommunistin, hielt eine Rede, der man fast in allen Teilen zustimmen konnte. Auf diesem Gebiete vermochte sie mit großer Wirksamkeit den kirchendemagogischen Schulwünschen das sozialistische Schulideal entgegenzustellen. Ihr folgte als Vertreter der nicht ganz gesinnungstreuen Kommunisten von der Levigruppe Adolph Hoffmann. Auch er hatte keinen üblen Tag. Wie gewöhnlich wurde bei seinen Ausführungen viel gelacht, aber diesmal weniger auf seine Kosten. Er verwies darauf, daß dieser mißratene Gesetzentwurf ein Kind des vom Zentrum mit den Rechtssozialisten in Weimar gezeugten Schulkompromisses sei. Bei diesem Kompromiß habe der Katholizismus auf dem Gebiete des Schulwesens seine Grundsätze in der Verfassung festzulegen vermocht. Dem rebellierenden Schullehrer Heinrich Schulz von einstmals stellte er den heutigen Staatssekretär Heinrich Schulz gegenüber. Das Feuer von einstmals sei erloschen, und dem rechtssozialistischen Staatssekretär von heute müsse er sagen: Heinrich, mir graut vor dir!

Sitzungsbericht

Nach Erledigung kleiner Anfragen wird die Beratung des Schulgesetzentwurfs fortgesetzt.

Abg. Kunert (USP.):

In einer Zeit wirtschaftlicher, politischer und finanzieller Zerrüttung, die ohne Vergleich für Deutschland dasteht, ist der Zankapfel der Schulnovelle von ungeschickter Hand geworfen worden. Auch bei wohlwollender Betrachtung kann man sie nur als ein gemeinschädliches Flick- und Stückwerk schlimmster Art ansehen. Dies ist auch die feste Ueberzeugung von Zehntausenden, ja Hunderttausenden von Fachleuten. Es ist der Fluch des Schulkompromisses von 1919, durch das der vorliegende Gesetzentwurf geboren wurde. Wir verwerfen den grundlegenden § 1 und mit ihm die §§ 2, 3 und 4 des Entwurfs. **Denn wir wünschen, daß alle Schulen weltliche Schulen sind.** Der § 4 enthält zwar die Bestimmungen über die Schulweltlichkeit. Sie stellen sich aber bei näherer Betrachtung als ein Hohn auf die weltliche Schule dar. Unannehmbar sind auch die §§ 5 bis 17 der Vorlage. Sie bewegen sich in den tollsten Widersprüchen, auch in

Widersprüchen mit der Reichsverfassung.

Insbesondere ist darauf Gewicht zu legen, daß die reichsgesetzliche Auffassung der landesgesetzlichen Regelung überall unterliegt. Es ist das in einem Schulgesetz ein geradezu lächerlicher Zustand. Was will vom historischen Standpunkt die weltliche Schule? Darüber gibt die Fassung unseres Leipziger Programms vom Jahre 1919 einen treffenden Aufschluß, den man auch zurückbeziehen kann auf fünf Jahrzehnte. **Danach wollen wir die öffentliche Einheitsschule mit weltlichem Charakter. Wir wollen die Erklärung der Religion zur Privatsache, sowie völlige Trennung von Staat und Kirche.** Dieser Gedanke hat die erste parlamentarische Feuerprobe im Jahre 1900 aus Anlaß des Toleranzgesetzes des Zentrums bestanden. **In demselben Geiste war der Antrag unserer Parteigenossen im preußischen Landtage gehalten, wonach die Weltlichkeit aller Schulen durch völlige Entfernung des Religionsunterrichts mit größter Beschleunigung in einem Reichsgesetz innerhalb der deutschen Republik herbeigeführt werden soll.** Dieser Antrag wurde, wie alle unsere entsprechenden Anträge vordem, rundweg von der Reaktion abgelehnt.

Gegen die Schulweltlichkeit ist unendlich viel gelogen und geschimpft worden. Allein sie hat unvergängliche Vorzüge, eine unvergleichliche Duldsamkeit gegenüber allen Konfessionen und Religionen. Sie schließt jede Art pharisäischen Hochmuts aus. Sie ist das glänzendste

Förderungsmittel der Schuleinheitlichkeit.

Sie allein bietet die Möglichkeit der naturgemäßen Anwendung des autonomen Moralsystems. Sie macht Schluß mit der mittelalterlichen Auffassung, daß die Schule nur ein Annex der Kirche sei, eine Auffassung, die sich in religiös-reaktionären Kreisen bis auf den heutigen Tag — siehe Spahn 1919 in Weimar — durchgesetzt hat. Sie erreicht es mit Unfehlbarkeit, daß in der Beseitigung des religiös-konfessionellen Unterrichts eines der nichtswürdigsten politischen Herrschaftsinstrumente der Klasse der Herrschenden, Reichen und Mächtigen zerbrochen wird. Sie lindert damit den Druck, der auf die Ausgebeuteten und Armen ausgeübt wird.

Eine solche freie Auffassung bedingt mit Notwendigkeit, daß die Feinde in Massen auftreten und uns pädagogischen Terror, pädagogische Intoleranz, Streikhetze, gröblichen Materialismus und andere schöne Dinge nachsagen. Viel Feind, viel Ehr. Redner kennzeichnet diese Gegner, insbesondere den früheren preußischen Kultusminister Becker, seinen Nachfolger Boelitz, sowie den Abgeordneten und Domkapitular Wildermann. In bezug auf den Staatssekretär Schulz hebt er hervor, wie sich dieser in seinen Ausführungen um die Weltlichkeit der Schule herumgedrückt hat. Allerdings spricht ja dafür der Entwurf um so deutlicher. Daß in der Seele des Herrn Schulz zwei Richtungen hausen, geht aus der Broschüre „Sozialdemokratie und Schule" vom Jahre 1920, deren Auflage noch heute gültig ist, mit Deutlichkeit hervor. Herr Schulz ist ein waschechter politischer Opportunist. Was wir wollen, ist nicht das, was Herr Schulz will. Wir wollen durch alles das eine:

Menschenbildung.

Also nicht Dressur, sondern in wissenschaftlich pädagogischem Sinne eine wahrhafte Verschmelzung von Arbeit, Erziehung und Unterricht. **Aus den angeführten Gründen verwerfen wir den Entwurf als Ganzes.** Wir wünschen auch keine Ausschußüberweisung, sondern glatte Ablehnung. Dagegen erwarten wir die schleunigste Vorlage eines Notgesetzentwurfes über die Einrichtung einer wirklich weltlichen Schule, um die Provokationen zum Schulboykott oder Schulstreik zu beseitigen. Außerdem ist zu erwarten, daß alle, die innerlich mit der Religion gebrochen haben, daraus die erforderlichen Konsequenzen ziehen. Den idealistisch und einseitig eingestellten Pädagogen der Neuzeit, die sich in dem Wahn wiegen, daß man eine ideale Schule im Bereich des deutschen Mammonismus und Kapitalismus aufbauen könne, muß gesagt werden, daß es der dreifache Fluch des kapitalistischen Systems ist, daß es eine solche Aufgabe negiert, daß es ihr weder gerecht werden will, noch sie lösen kann. Dabei ist es ein Trost, zu wissen, daß der Nachfolger des kapitalistischen Systems, der Sozialismus, als Ablösung vor der Tür steht. Er allein wird mit anderen Problemen auch das Schulproblem bewältigen. **Wer also die Schule fördern will, muß die revolutionäre Taktik des radikalen Sozialismus fördern.** (Lebh. Beifall bei den U. S.)

Abg. Weiß (Dem.): Jahrzehntelang hat man die Simultanschule in der heftigsten Weise bekämpft. Jetzt meinte Herr Runkel sogar, sie sei und solle sein ein höchst wichtiger Bildungsfaktor. Es ist ein Verdienst der Lehrerschaft, daß sie seit Jahrzehnten den Gedanken des Arbeitsunterrichts vertreten hat. Wir brauchen darüber, daß der Unterricht erzieherische Bedeutung haben soll, wirklich keine Belehrung. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Volksschule, wenn sie Bildungs-, Menschenschule sein soll, auch Religionsunterricht mit in ihren Lehrplan aufnehmen muß. Auch wir lehnen den Gesetzentwurf ab, arbeiten aber gern mit, etwas Brauchbares aus ihm zu machen. (Beifall bei den Dem.)

Staatssekretär **Schulz:** Der Grund der Unzufriedenheit mit der Regierung entspringt verschiedenen Motiven, zum Teil direkt entgegengesetzten, die sich einander ausschließen. Wir haben mit Absicht alles aus dem Entwurf herausgelassen, was nicht unmittelbar mit dem Artikel 146 Absatz 2 der Verfassung im Zusammenhang steht. Ich würde dafür sein, daß man diese neue Schulform sich selber entwickeln und durch die Tat ihren Wert beweisen läßt. Die Frage des Religionsunterrichts in den Schulen möchten wir auch lieber in einem besonderen Gesetzentwurf in Angriff nehmen. Den

Vorwurf der Verfassungswidrigkeit

des Gesetzentwurfes lehnen wir ab. Der Religionsunterricht kann nur in Bekenntnisschulen erteilt werden. Ein anderes ist ein rein geschichtlicher, religionskundlicher Unterricht. Er ist nach meiner Meinung notwendig in den Unterrichtsplan aufzunehmen. Simultanschulen mit gemeinsamem Religionsunterricht, dem die bekenntnismäßigen Ecken abgeschnitten sind, widerstreiten der Reichsverfassung. Es kommt uns wie Ihnen darauf an, den Gesetzentwurf in diejenige Form zu gießen, die geeignet ist, allmählich Beruhigung zu schaffen. (Lachen links.)

Frau Abg. **Lang-Brumann** (B. Vp.): Für die Gemeinschaftsschule habe ich kein Verständnis. Entweder habe ich Religion, dann wünsche ich auch, daß meine Kinder Religion haben, und ich wähle die Bekenntnisschule, oder ich habe keine Religion, dann wähle ich die weltliche Schule. Wir halten die Bekenntnisschule für die beste und verlangen daher mindestens ihre Gleichstellung.

Frau Abg. **Zetkin** (Komm.): Der Gesetzentwurf ist eine faule Frucht vom faulen Baum des Schulkompromisses. Dieses Reichsschulgesetz ist seit Jahren die Hoffnung aller entschiedenen Schulreformer gewesen. Ihre Hoffnung wird durch ihn nicht erfüllt. Der Entwurf versucht nicht, der Tatsache entgegenzuwirken, daß die materielle Not den Schulbetrieb hindert, daß ein großer Teil der Kinder außerstande ist, den gebotenen Volksschulunterricht ganz zu genießen. Er dürfte auch nicht vorübergehen an der

Not der Lehrer,

durch die deren Leistungsfähigkeit herabgemindert wird. Der Entwurf bringt eine Verankerung der Rechte der einzelnen Staaten.

Staatssekretär **Schulz:** Ich wiederhole: Der Entwurf ist nicht das Schulgesetz, das die Gesamtheit unseres Schullebens regeln soll. Ein solches Gesetz ist auf einen Wurf nicht möglich. Zur Vervollständigung dieses Gesetzes gehören das Lehrerbildungsgesetz, Vereinbarungen neuer Schulformen, Vereinbarungen über den Arbeitsunterricht. Diese Aufgaben können in einem Entwurf nicht geregelt werden.

Abg. **Hoffmann** (K. A. G.): Ich kann Herrn Schulz nur sagen: Mensch, wie hast dich verändert! Selbst die Regierung läßt ihn mit seinem Entwurf allein. Keine Partei hat auch nur einen Punkt des Entwurfes angenommen, alle haben sie ihn zerrupft. Ich schließe mich ganz den Ausführungen Frau Zetkins an. Der Geist von Potsdam, wie Herr Boelitz den reaktionären Geist bezeichnete, herrscht noch in den Schulen. Wir wollen den Eltern nicht das Recht nehmen, ihren Kindern Religionsunterricht erteilen zu lassen. Das darf aber nicht in der Schule geschehen.

Der Entwurf wird dem 30. Ausschuß überwiesen. — Nächste Sitzung: Mittwoch, 1 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen, Ausschußberichte. — Schluß 7 Uhr.

Naumburger Justiz

Ein USP.-Redakteur zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt

Die Bluturteile der mitteldeutschen Sondergerichte sind in jedes Proletarierherz eingeschrieben und damit sie unter keinen Umständen vergessen werden können, hat sie die Naumburger Strafkammer erneut in Erinnerung gerufen durch eine Anklage, die sie gegen den verantwortlichen Redakteur des Zeitzer „Volksboten", den Genossen Bergholz, losgelassen hat. Die Anklage lautete auf eine Beleidigung des gesamten Richterstandes, weil Genosse Bergholz in einem Artikel die deutsche Justiz als Klassenjustiz gekennzeichnet hatte. Der Strafantrag war vom Vorsitzenden eines Sondergerichts, Landgerichtsdirektor Hagen, gestellt worden, der auf Anfrage des Verteidigers, Genossen Rosenfeld, erklärte, er denke gar nicht daran, ihn zurückzuziehen.

Als Staatsanwalt fungierte der Oberstaatsanwalt Drygalski, offenbar eine besondere Blüte der Reaktion, der die ganze Richtung des „Volksboten", also die Politik der U. S. P., zur Stütze seiner Anklage benutzte und eine Reihe von Artikeln als Beweis dafür aus unserem Parteiblatt zitierte. Dieser famose Beamte der Republik bekam es fertig, nach einem Zusammenstoß mit dem Verteidiger eine Rüge gegen ihn zu beantragen, und er mußte sich erst vom Genossen Rosenfeld sagen lassen, daß es so etwas nicht mehr gibt.

Im Verlauf des Prozesses wurde vom Beklagten und vom Verteidiger dargelegt, daß es sich nicht um eine subjektive Kritik, sondern um die Feststellung objektiver Tatsachen gehandelt habe. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß **insgesamt 527 Jahre 1 Monat Zuchthaus, 172 Jahre 11 Monate Gefängnis und 5 lebenslängliche Zuchthausurteile von Sondergerichten in Mitteldeutschland gefällt worden sind.** Insbesondere rollten sie den Fall Hedwig Krüger auf, die zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, weil sie durch die Leitung einer Arbeiter-Samariter-Kolonne Beihilfe zum Hochverrat begangen haben und durch die Requisition einer Schürze, die sie übrigens dem Besitzer wieder zustellte, sich einer räuberischen Erpressung schuldig gemacht haben soll.

Die Verhandlung **dauerte 9 Stunden, in deren Verlauf es zu** heftigen Zusammenstößen zwischen Staatsanwalt und Verteidiger kam. Genosse Bergholz wurde schließlich **zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.**

Jedes Wort, das man gegen dieses Urteil sagen würde, wäre Verschwendung. Allein die Tatsache, daß wegen der Bezeichnung Klassenjustiz Anklage gegen ein Arbeiterblatt in der deutschen Republik erhoben werden kann, wird **jeder Arbeiter als einen Schlag ins Gesicht empfinden.** Das Naumburger Gericht ist bekannt durch seine besonders ausgeprägte reaktionäre Stellungnahme, die sich in den fürchterlichen Urteilen nach dem Märzunternehmen gezeigt hat. Gegen diese grausamen Urteile erscheint die „Bestrafung" eines Redakteurs, der nichts anderes geschrieben hat als hundert andere sozialistische Blätter, beinahe gering. Aber sie zeigt deutlich, daß die juristischen Exzesse gegen die Teilnehmer der Märzunternehmung nicht der Ausfluß einer vorübergehenden Erregung waren, sondern sich **aus der ganzen geistigen Einstellung dieser Männer ergaben, die Reaktionäre ohne jedes menschliche Gefühl und ohne jede politische Einsicht sind,** auch wenn sie im Talar des Richters einherstolzieren.

Die mitteldeutschen Arbeiter haben jedenfalls die Bedeutung des Urteils begriffen. Noch am selben Abend fand eine Versammlung in Zeitz statt, in der Genosse Rosenfeld referierte. Er wies darauf hin, daß wegen desselben Artikels der bereits vorbestrafte Redakteur Genosse Nikolaus in Mühlhausen in Thüringen zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, während Genosse Bergholz 5 Monate bekam, **nachdem der Staatsanwalt sogar 9 Monate Gefängnis beantragt hatte.** Genosse Rosenfeld verglich mit dem Bluturteil gegen die Arbeiter die Urteile gegen die Kappisten, denen ehrliche Motive zugesprochen wurden, wenn man überhaupt gegen sie vorzugehen wagte. Kein Arbeiter sei zu Festung wie die Kappisten verurteilt worden, und wo man gegen sie auf Festung erkannt habe, wie in Bayern, würden sie schlechter als im Gefängnis behandelt.

Der soeben verurteilte Genosse Bergholz sprach gleichfalls. Er forderte die Arbeiterschaft auf, **erst recht den schärfsten Kampf gegen die Reaktion zu führen und für jede Woche Gefängnis mit 100 neuen Abonnenten für unsere Parteipresse zu antworten.** In der Tat wurden sofort eine größere Anzahl von Bestellungen vorgenommen und Aufnahmen für die Partei gemacht.

Schutzpolizei und Berufsbeamtentum

Forderungen des „Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands"

Der Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands hatte zum Dienstag die Vertreter aller Landesverbände der Republik zu einer Konferenz nach Berlin einberufen, um Stellung zu nehmen zu einem Referentenentwurf des preußischen Ministeriums des Innern über ein Schutzpolizeibeamten-Gesetz. Der erschienene Vertreter der preußischen Regierung, Dr. Falk, hielt eine kurze Rede, Vertreter der demokratischen und Zentrumsfraktionen sowie der Deutschnationalen erzählten, daß sie unbedingt für „Ruhe und Ordnung" einträten. Der Vertreter unserer Reichstagsfraktion, Genosse Kuhnt, stellte unter Beifall der Konferenz fest, daß Begrüßungsreden billige Dekoration seien. Die Schutzpolizisten hätten ein Interesse daran, möglichst bald in stabile Dienstverhältnisse zu kommen. Die Unabhängige Fraktion werde sich für die Interessen der Schutzpolizisten einsetzen, solange diese sich mit den Interessen der Gemeinschaft decken würden.

Der Generalsekretär des Reichsverbandes, Dr. Francke, beschäftigte sich dann eingehend mit dem „unverbindlichen" Referentenentwurf eines Schutzpolizeibeamten-Gesetzes und kam zu dessen Ablehnung in seinen grundlegenden Teilen. Die Frage des Anstellungsverhältnisses und der Versorgung der vom Reiche subventionierten staatlichen Polizeien sei eine dringend der Lösung bedürftige Frage. Der Reichsverband fordere im Gegensatz zum Referentenentwurf, der ein 12jähriges Anstellungsverhältnis und den Zivilversorgungsschein vorsehe, **die grundsätzliche Eingliederung der Polizeibeamten in das allgemeine Beamtenrecht,** also

das Berufsbeamtentum

und eine Verbesserung des Beamtenrechtes unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Schupo. Von dem Reichstag werde erwartet, daß er bei Beratung des zu erwartenden Reichsrahmengesetzes den Forderungen der Polizeibeamtenschaft Rechnung trage.

Die Forderungen des Reichsverbandes seien neben wichtigen staatswirtschaftlichen auch auf außen- und innenpolitische Gründe gestützt. Die Schupo wolle endlich über ihre Organisationsfragen zur Ruhe kommen. **Wenn die Schupo zu den Berufsbeamten gehöre, dann könnte sie nach keiner Richtung mehr als militärische Truppe gewertet werden.**

In der Frage der Versorgung der Beamten stellte der Referent fest, daß, wenn diese im Sinne des Referentenentwurfes erfolge, sie durch die finanzielle Lage des Reiches und der Staaten nach drei Jahren bereits nicht mehr durchgeführt werden könne. Die Gesetzgebung des Entwurfes mache es fast unmöglich, für die Zukunft der Schupo wirklich brauchbare und zuverlässige Beamte zu sichern. — Als Antwort auf den Referentenentwurf hat der Reichsverband einen Gegenentwurf ausgearbeitet, dessen Berücksichtigung von der Regierung erwartet wird. Die Beamtenschaft hofft, daß die Regierung über den ganzen Fragenkomplex mit den Beamten Verhandlungen aufnimmt.

Anschließend referierte der Admiralitätsrat z. D. Greß über beamtenrechtliche Fragen. Ein Vertreter des Beamtenbundes gab die Erklärung ab, daß der Beamtenbund sich auf den Boden des Reichsverbandes stelle.

Einstimmig stimmte die Konferenz einer Entschließung zu, die sich im Exakt mit den Ausführungen des ersten Referenten deckte.

Die neuen Verhandlungen mit den Eisenbahnern

Die mit den Gewerkschaftsvertretern vereinbarten Verhandlungen zur Regelung der Ueberteuerungszuschüsse haben am Dienstag ihren Anfang genommen. Mit Rücksicht auf die großen Lohnunterschiede im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird zunächst über diese Bezirke verhandelt. Neben den Gewerkschaftsvertretern sind auch eine Anzahl Eisenbahner des genannten Gebietes an den Verhandlungen beteiligt. Die Beratungen dürften längere Zeit in Anspruch nehmen.

Vor dem Ende des sächsischen Eisenbahnerstreiks

Nach den vorliegenden Meldungen scheint der Streik in Dresden beendet zu sein. Das Personal hat sich im Laufe des Dienstags auf den einzelnen Dienststellen zur Fortführung des Dienstes gemeldet. Im Personenverkehr macht sich der Streik nicht mehr bemerkbar. Dagegen weist der Güterverkehr noch erhebliche Stockungen auf. Zu den in Zwickau in den Streik getretenen Werkstättenarbeitern gesellten sich noch die der Leipziger Werkstätten. Im übrigen wird auf allen Dienststellen Sachsens gearbeitet.

Eine stark besuchte Mitgliederversammlung des Bezirks Berlin der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner protestierte am Montag gegen die Stellungnahme der Regierung und des Reichstages zur Besoldungsordnung und forderte den Vorstand auf, das Angebot abzulehnen und die Mitglieder zum Kampfe aufzurufen.

Die Zersetzung der KPD.

Das Hinauswerfen der 28 Unterzeichner des Aufrufs gegen die Zentrale der K. P. D. hat parlamentarisch bereits seine Wirkungen gezeitigt. Auch aus der kommunistischen Reichstagsfraktion sind Austritte erfolgt. Folgende Personen haben ihre Zugehörigkeit zur Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft erklärte: Eichhorn, Plettner, Fries, Berthele, Malzahn, Braß und Geyer sen. Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft zählt demnach jetzt 15 Mitglieder und ist damit die Kommunistische Fraktion im Reichstage. Die bisherige Kommunistische Fraktion hat die Fraktionsrechte verloren, da ihr nicht mehr 15 Mitglieder angehören.

Der Prozeß des Prinzen Friedrich Leopold gegen das preußische Finanzministerium wurde am Dienstag vor dem Landgericht II, Berlin, erneut verhandelt. Der Vertreter des Ministeriums führte aus, daß es der Regierung zur Zeit unmöglich sei, eine bindende Erklärung über die Rechtsverhältnisse des Fideikommisses des Prinzen abzugeben. In seiner Antwort warf der Vertreter des Prinzen dem Prozeßgegner Verschleppungspolitik vor, was zu einer scharfen Verwahrung führte. Die Entscheidung des Gerichts steht noch aus.

Zur Förderung des Wohnungsbaus

Dem Reichstag ist der Entwurf einer Novelle zum Wohnungsabgabegesetz vom 26. 6. 1921 zugegangen, das zur Deckung der Baukostenbeihilfen eine Abgabe in Höhe von 10 v. H. der Friedensmietwerte der vor dem 1. 7. 1918 fertiggestellten Gebäude aller Art vorsieht. Hiervon sind 5 v. H. für die Länder und 5 v. H. für die Gemeinden (Gemeindeverbände) bestimmt. Nach dem Entwurf sollen diese Sätze für Land und Gemeinden auf je 25 v. H. erhöht werden, so daß der Gesamtertrag 50 v. H. der Friedensmietwerte betragen soll. Die zu erwartende Mehreinnahme wird auf 2 Milliarden Mark geschätzt. Dieser Betrag ist mindestens erforderlich, um ein — selbst bescheidenes — Bauprogramm für 1922 zu ermöglichen. Die notwendigen Baukostenzuschüsse sollen wie im Vorjahre möglichst durch Anleihen aufgebracht werden, zu deren Verzinsung und Tilgung die neue Abgabe dienen soll. Was zum Anleihedienst nicht gebraucht wird, soll unmittelbar zur Gewährung von Baukostenbeihilfen Verwendung finden.

*

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hat in einem Erlaß die für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau tätigen Organisationen auf einen neuen Weg der Kapitalbeschaffung hingewiesen. Es haben sich neuerdings eine ganze Anzahl von Krankenkassen bereiterklärt, die ihnen verfügbaren Mittel als Hypotheken und langfristige Darlehen herzugeben und dadurch den Wohnungsbau zu fördern. Der Minister erklärt, daß gegen die Verwendung der Krankenkassenvermögen zu diesem Zweck keine Bedenken bestehen. Die Rücklagen der Krankenkassen sind zurzeit hoch angewachsen, so daß ein Viertel ihrer Vermögensbestände zu Kreditzwecken verwendet werden kann, ohne die Kassen in die Gefahr eines Bargeldmangels in besonderen Notfällen zu bringen. Außerdem sind ja die Krankenkassen, wie in dem Erlaß bemerkt wird, an der Herstellung gesunder Wohnungen selbst stark interessiert, da bei dem ungünstigen Gesundheitszustand der minderbemittelten Bevölkerung ihre Mittel stark herangezogen werden.

Parteiveranstaltungen

Mittwoch, 25. Januar

6. Distrikt. In der Aula der 73. Gemeindeschule, Wiesenstr. 66, Vollversammlung aller Jugendhelfer.

Reinickendorf-West. Abends 8 Uhr Sitzung der Frauen- und Kinderschutzkommission im Volkshaus.

Weißensee. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula des Realgymnasiums, Woelk-Promenade. Bericht vom Parteitag.

15. Verwaltungsbezirk, Abteilung Adlershof. Der Extrazahlabend findet nicht statt. Dafür haben alle Genossinnen und Genossen am Donnerstag die Bezirksgeneralversammlung in Niederschöneweide (Schule) zu besuchen. Bericht vom Parteitag und Geschäftsbericht.

Donnerstag, 26. Januar

16. Verwaltungsbezirk (Cöpenick, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Bohnsdorf, Grünau, Erkner). Abends 7 Uhr Sitzung der Distriktsleitung mit Bezirksverordneten, Stadträten und Kommunaler Kommission im Cöpenicker Arbeitsamt, Luisenstraße.

5. Distrikt. Abends 7 Uhr Vorstandssitzung bei Kaiser, Gotzkowskystr. 34.

Lichterfelde. Die Monatsversammlung fällt aus. Dafür Distrikts-Mitgliederversammlung, abends 8 Uhr, in Steglitz, Eiselenstraße (Schule). Vollzähliges Erscheinen erforderlich.

Freitag, 27. Januar

Lichterfelde. Abends ½8 Uhr Sitzung der Landagitations-Kommission bei Rangk, Steglitz, Fichtestr. 4.

Reinickendorf-West. Abends 7 Uhr Frauenabend im Volkshaus, Scharnweberstraße 114. Bericht der Genossin Hertz von der Reichsfrauenkonferenz.

Spandau. Abends 8 Uhr in der Knaben-Mittelschule, Joachimsplatz, Kursus des Gen. Dr. Hertz über Reichsverfassung. Neue Teilnehmer werden noch aufgenommen.

Vereinskalender

Mittwoch, 25. Januar

Angestellte der Holzindustrie. Abends 7 Uhr Versammlung aller Angestellten der Holzindustriebetriebe in den Sophiensälen, Sophienstr. 17-18 (Weißer Saal). Tagesordnung: Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen. Referenten: Kollegen Neubecker und Silbermann. Wir bitten um zahlreiches und pünktliches Erscheinen, da wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen. — Afa, Ortskartell Groß-Berlin.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin. Abends 7½ Uhr große öffentliche Versammlung in Pankow, Rathaus Linder, Breite Straße. Es spricht Herr Pfarrer Franke über: Internationaler Pazifismus.

Deutscher Werkmeister-Verband. Bezirksverein Berlin 12. Fachgruppe Kommunal-Werkmeister. Abends 6 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung. Beamtenbesoldung, im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24-25 (Gartensaal).

Zentralverband der Angestellten. Jugend. Abends 7 Uhr öffentliche Versammlung, Friedr.-Werd.-Oberrealschule, Niederwallstraße 12. — **Fachgruppe Metall.** Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung, Sophiensäle, Sophienstr. 17-18.

Donnerstag, 26. Januar

Zentralverband der Angestellten. Export. Abends 6 Uhr Mitgliederversammlung, Haverlands Festsäle, Neue Friedrich-Str. 35 (Eingang Kochstraße). — **Immobilien-Geschäfte, Häuser-Verwaltungen, Hypotheken-Makler-Geschäfte.** Abends 7½ Uhr öffentliche Versammlung, Arminsäle, Kommandantenstr. 58-59.

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 6 Uhr Funktionärversammlung im Fürstenhof, Cöpenicker Str. 137. Stellungnahme zur Neuwahl der Ortsverwaltung. Berichte.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Abends 6½ Uhr im großen Saal der Böhmisch-Brauerei, Prenzlauer Allee, Vollversammlung der Gasarbeiter. Tagesordnung: 1. Bericht von der Werkkonferenz in Kassel; 2. Jahresbericht; 3. Neuwahl der Gasbranche.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Graphisches Gewerbe, Gruppe „A" (Buchhandel). Abends 7½ Uhr im Nationalhof, Bülowstr. 37, Gruppenversammlung. Tagesordnung: Bericht über die Urabstimmung. — **Branche Geschäftskutscher, Lagerarbeiter, Gruppe Kartonkutscher.** Abends 7 Uhr im Lokal Zenkora, Melchiorstr. 15, Versammlung. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband über Löhne und Entschädigung für Sonntagsarbeit. — **Chemische Branche, Gruppe „C" (Mineralöle und Fette).** Abends 7 Uhr im Lokal von Carl Willie, Pohlstr. 29, Gruppenversammlung. Tagesordnung: Bericht über den Stand der Lohnverhandlung. — **Branche 3b (Glas und Keramischer Großhandel).** Abends ½8 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24-25, Branchenversammlung. Bericht der Lohnkommission.

Buchbinder. Nachm. 4½ Uhr Branchenversammlung im Deutschen Hof, Luckauer Straße 15.

Freitag, 27. Januar

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin. Abends 7 Uhr spricht im Bürgersaal des Berl. Rathauses Dr. Paul Krische über: Die Einheit von Sozialismus und Pazifismus.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter. Gruppe Gemeindearbeiter. Abends 6 Uhr Branchenversammlung für Groß-Berlin bei Schulz, Elisabethstr. 30. Tagesordnung: Stand der Manteltarifverhandlungen. Neuwahl des Branchenvorstandes usw.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebischütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: R. Henkel, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Komeriner, Berlin — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H. Berlin — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H. Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Hausschuhe
noch sehr billig

Tuch-Schlüpfer mit Kordelsohle, buntfarbig, warmes Filzfutter Grösse 36—42 **21,50**

Kamelhaarstoff-Schnallenstiefel Lederspitze, mit Filz- und Ledersohlen u. Absatzfleck Grösse 31—35 **29,-**

Echt Kamelhaar-Umschlagschuhe mit sehr schönem Seidenpompon, Ia weisse dicke Filz- und Ledersohle, nur **79,-**

Prima Kamelhaar-Schlüpfer mit Filz- und Ledersohle, gute, weiche und mollige Ware. Gr. 43—47 79,- Grösse 36—42 **69,-**

Filz-Schnallenstiefel schwarz, m. gutem, weissem Friesfutter, vorzügliche Qualität. Gr. 43—47 89,- Grösse 36—42 **79,-**

Sonder-Angebot

Peiser

HAC

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne 7½ U.: Ueber die Kraft (1. Teil)

Neues Volkstheater Köpenicker Str. 68. 7½ Uhr: **Heuchler**

Staatstheater. Opernhaus Ring des Nibelungen 1. Tag 6½ Uhr: Die Walküre. Schauspielhaus 7½: Lumpazi Vagabundus

Dir.: Max Reinhardt **Deutsches Theater** 7½ Uhr: Tartüff. Scapins Schelmenstreiche. **Kammerspiele** 8 Uhr: **Anatol**. **Großes Schauspielhaus** Karlstraße 7½: Orpheus i. d. Unterwelt

Theater i. d. Königgrätzer Str.: 7.30 Uhr: **Die Fahrt ins Blaue** (Richard, Ander, Engl, Bödtl, Stieda, Bernburg)

Komödienhaus: Allabendlich 7.30 Uhr: **Karussell** mit Maria Orska, Joh. Riemann, Ralph Arth. Roberts

Berliner Theater: Täglich 7.30 Uhr: **Prinzessin Olala** Emmy Sturm, Herbert Kiper, Louis Kaliger, Wally Koch

Wallner-Theater Täglich 7½ Uhr **Spitzenkönigin**

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ U.: Verlorenes Glück (Spreeathener)

Residenz-Theater 7½ Uhr: **Das weite Land** Irene Triesch, Arnold Korff

Trianon-Theater Täglich 7½ Uhr: **Elga** v. Gerhart Hauptmann

Kleines Theater Heute 7 Uhr, zum 1. Male **Haben Sie nichts zu verzollen?**

Komische Oper 7½ allabendlich 7½ Die große Ausstattungs-Operetten-Revue **Der Herr der Welt**

Theater am Nollendorfplatz 7 Uhr: **Die Ehe im Kreise**

Walhalla-Theater 8 Uhr: **Die Mondscheindame**

Metropol-Kriele Behrenstraße 54. 7½ Uhr: **11 Attraktionen**

Theater a. Kottbuser Tor Tel.: Mpl. 10077. Tägl. 7½ U. u. Stg. nach. 3 U. **Elite-Sänger** Gluthoen-Konz. Vvk. 11-1½ u. 4-6

81 Apollotheater 81 Friedrichstraße 218. Gr. Variété-Ausstattungsschau **Rund um die Welt** Sensationen! Effekte! 8 große Balletts!

Residenz-Kasino Blumenstraße 10 **Das Paradies der Witwenbälle** Nur Rundtänze

Circus Busch Tgl. 7½, Stg. auch 3 U. **Die Witwen-Verbrennung** Packende Episode im ind. Manegeschaustück. **Die Schlange d. Durga** Vorver. Werth. u. Circuskassen.

7½ **Casino-Theater** 7½ **Der Weg zum Glück** Ab Sonnabend, d. 28. Januar **Familie Gänseklein** Stg. 3½: Das Geständnis

Münzen Sammlungen k. Ball, Berlin, Wilhelmstr. 46/47

Münzen Handlung

Bettnässen Befreiung sof. Alter u. Geschlecht angeb. Auskunft umsonst. Verf. sanit. Art. Gg. Englbrecht, München C 18, Kapuzinerstr. 9.

Spez.-Beh. nur für **Ischias** i. Hüft-, Gesäß u. Bein. Da schw. Fälle in 15 Tag. beseit. w., hierüb. unanfechtb. Heilerf. bestät. u. Referenz. Invalidenstr. 106, **Jacoby** von 9—3.

Altmetalle unüberbietbare Preise zahlt Badstr. 34, Hof

Neue Welt A. Scholz, Hasenheide 108-14. Heute Mittwoch, den 25. Januar 1922 **Elite-Tag** **Bockbier-Fest in den bayer. Alpen** 30 bayr. Mad'l 8 Kapellen. Einlaß 6 Uhr. Voranzeige: Morgen, Donnerstag, d. 26. Jan. 1922 **Groß. Schweineschlachten**

Armeepistolen Mauser 7,63 kaufen zu höchsten Preisen oder tauschen gegen neue 6,35 oder 7,65 Waffenfrankonia Würzburg, Bayern

Auf Teilzahlung. Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, moderne Maßarbeit. Bequeme, diskrete Ratenzahlung. Leiser Gottlieb, Nollendorfstr. 22a, Nähe Nollendorfplatz. Geöffnet 9—7.

Möbel kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei **Neugebauer** Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128 I, E. Schillerstr. Kein Laden

Tüchtige **Verkäuferinnen** für **Korsetts** sofort gesucht. Meldungen: 1—2 Uhr mittags, 5—6 Uhr abends. **A. Jandorf & Co.** Brunnenstr. 19-21.

Briefwechsel zwischen Schiller u. Lotte — Schiller und Goethe. 302 Seiten stark und gut gebunden je 6.— Mk. Buchhandlung „Freiheit", Berlin C. 2, Breite Straße 8-9

Günstige Angebote in Amer. Opos. Schal-Krag. 650 an, Austr. Opos. Schal-Krag. 650 an, Amer. Opossum-Felle v. 145 an, Biberet-Felle f. Besatz v. 45 an, Kreuz-, Alaska-, Zobel, Silberfüchse mit 15 Prozent Ermäßigung bietet **Pelzwaren-Haus A. Klass & Co.** Rosenthaler Straße 40-41 am Hackeschen Markt

Zeißfeldstecher 6- und 8-fach, kauft ständig M. Steckelmann, Berlin W 9, Potsdamer Str. 135 (Lützow 9289)

Metall ankaufsstelle Osten, Grüner Weg 80 zahlt Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Billig Röcke, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Ballkleider **STREHLOW** Treskowstr. 21

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende Mitglieder gestorben sind:

Der Schlosser **Eduard Knuth** Memeler Straße 79, am 20. d. Mts.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. d. Mts., vormittags 10½ Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes Friedrichsfelde, aus statt.

Der Schlosser **Otto Gurk** Neukölln, Münchener Straße 9, am 22. d. Mts.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindekirchhofes, Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstr. 83-85. Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telephon Amt: Norden Nr. 833—836

Betriebsräte der Metallindustrie! Untergruppe 17 (Installation, Akkumulatoren, Batterien, Elemente)

Am Freitag, den 27. Januar 1922, abends 7 Uhr **Betriebsräte-Versammlung** im Gesangsaal der Schule, Steinstr. 31-34.

Die Ortsverwaltung.

Soeben erschienen!

E. Brand und H. Walecki **Der Kommunismus in Polen** (Drei Jahre Kampf auf vorgeschobenem Posten)

Inhalt: Gründung der Partei — Die ersten Kämpfe — Die Formen der Bewegung — Gegen den Krieg — Die polnische Sozialverräterei — Polen nach dem Kriege — Neue Kämpfe, neue Aufgaben — Die Kommunistische Arbeiterpartei Polens und die Internationale — — — 85 Seiten

Preis: Mk. 7.—. Organisationsausgabe: Mk. 5.—

Zu beziehen durch: Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley Hamburg, alle Buchhandlungen und Auslieferungsstellen der KPD.

Soeben erschienen: **KARL KAUTSKY Irland** 32 Seiten . . . . Preis 6.— M.

Aus dem Inhalte heben wir hervor: 1. Irlands frühere Geschichte. 2. Der Abstieg im 19. Jahrhundert. 3. Der Aufstieg im 19. Jahrhundert. 4. Irland im 20. Jahrhundert: a) Ulster; b) Die neuen rebellischen Faktoren; c) Der Bürgerkrieg; d) Die Versöhnung. 5. Ausblick in die Zukunft: a) Die Wirkung der irischen Lösung auf Irland; b) Die Wirkung der irischen Lösung außerhalb Irlands

Buchhandlung „Freiheit" Berlin C 2 :: Breite Straße 8-9

Botenfrauen sofort gesucht

Austragelohn pro Monat u. Abonnement **M. 420**

Spedition E. Belz **Rosenthal, Niederstr. 3**

„Freiheit"-Ausgabestelle **Charlbg., Wallstraße 4**

Spedition Werner **Greifswalder Straße 29**

Spedition Franke **Genter Straße 34**

Spedition Lohmann **Hussitenstraße 43**

Spedition Kolbe **O, Weberstraße 25**

Wie es bei der Schupo aussieht

„Achtung! Sipo kommt! Maul halten!“
Zimmerschmuck in einer Schupo-Kaserne.

Einige krasse Fälle von Mißhandlungen Sistierter durch Schupo-Beamte in den letzten Tagen zwangen uns, gegen derartige rohe Uebergriffe Stellung zu nehmen. Sie veranlaßten uns aber auch, uns über die Dienstverhältnisse bei der Schupo zu orientieren.

Hier die Ergebnisse:

Organisation und Gliederung

Das Weichbild des neuen Berlins ist in sechs Polizeigruppen eingeteilt mit über 100 Hundertschaften und etwa 14 500 Beamten. Die stärkste, zentral gelegene Gruppe, die Gruppe Mitte, gliedert sich in die vier Abteilungen „Linden“ (Kaserne am Kupfergraben), „Alexander“ (Kaserne Alexanderstraße), „Tiergarten“ (Kaserne Karlstraße) und „Prenzlauer Tor“ (Kaserne Blücherstraße). Jede dieser Abteilungen umfaßt sechs Hundertschaften zu 99 Mann und eine Kraftfahrstaffel mit etwa 40 Beamten. Zur Gruppe Mitte gehören des ferneren eine Verkehrsabteilung mit drei Hundertschaften und eine Revier-Hauptmannschaft, die etwa 2½ Hundertschaften stark ist.

In der sogenannten Verkehrsabteilung, die an den Brennpunkten des Verkehrs diesen zu regeln hat, ist eine größere Anzahl nunmehr grün eingepuppter ehemaliger Blauer, also ältere und erfahrene Beamte, tätig. Dasselbe trifft bei der Revierhauptmannschaft zu, die meist ehemalige Blaue als jetzige „Grüne“ für die sogenannten Einheitsreviere stellt.

Dienst und Bewaffnung

Der Dienst der Schupo-Beamten ist alles andere als leicht. Er stellt an die physischen und psychischen Kräfte des einzelnen vielmehr sehr hohe Forderungen, ein Grund mehr, nur vollwertige und reife Männer und nicht verantwortungslose junge Springer zum Polizeidienst zuzulassen. Der Turnus für die Beamten ist im allgemeinen: 1 Tag Dienst, 1 Tag Ruhe, 1 Tag Ruhe, 1 Tag Bereitschaft, 1 Tag Unterricht. Während der Bereitschaft ist der Beamte ebenfalls an die Kaserne gebunden, er muß jederzeit zur Verfügung stehen. Der Unterricht erstreckt sich auf Polizeiwissenschaft, Gesetzeskunde, Staatslehre usw. Auf die theoretische Ausbildung der Beamten wird mit vollem Recht größter Wert gelegt. Der Dienst mit der Waffe, die Einzelausbildung und die Uebungen im Verband lassen sich keineswegs mit dem früheren militärischen Exerzieren und den Geländeübungen vergleichen. Die Uebungen im Verbande sind außerordentlich eingeschränkt. Die Beamten der Polizeigruppe Mitte üben in diesem Sinne höchstens eine Stunde während einer ganzen Woche. (Soviel wir unterrichtet sind, liegen die Verhältnisse bei anderen Gruppen allerdings wesentlich anders. (Die Red.) Das „Griffekloppen“ beschränkt sich auf „Karabiner auf (von) Schulter“ und „Zum Schuß fertig“.

Die Bewaffnung hat auf den Druck der Entente hin eine wesentliche Aenderung erfahren. Mit Ausnahme jeden dritten Mannes, der einen Karabiner trägt, ist die Schupo mit Parabellumpistolen ausgerüstet. Auf je 1000 Mann kommen zwei schwere Maschinengewehre, die auf Panzerwagen montiert werden können. Ueber leichte M.G.'s. verfügt die Schupo nicht mehr, doch befinden sich bei jeder Hundertschaft vier Maschinenpistolen, die nicht in entferntestem Maße die Wirkung der leichten M.G.'s. aufzuweisen haben. Es sind halblange automatische Pistolen mit Kolben und einem Ladestreifen, der 32 Pistolenpatronen faßt. Auf Forderung der Entente hin wurden der Schupo auch die kurzen Seitengewehre, die auf die Karabiner aufgepflanzt werden konnten, entzogen. Anstatt diese Art der Bewaffnung ganz fallen zu lassen oder den Beamten einen englischen „Bobby-Knüppel“ vertrauensvoll in die Hand zu drücken — sie hätten vielleicht zu Vorzugspreisen von Knüppel-Kunze erworben werden können —, hängte man ihnen unsinnigerweise Artilleriesäbel und Feldwebelplempen an. Nun soll der Beamte bekanntlich nur im äußersten Notfalle von der Schußwaffe Gebrauch machen und bei einer eventuellen Verbrecherjagd sich in erster Linie auf die Schnelligkeit seiner Beine verlassen. Mit solch einem Monstrum von Säbel kann aber kein Mensch laufen, selbst wenn er Schupobeamter ist. Der lange, schwere Säbel reizt den Beamten direkt dazu, bei der Verfolgung Flüchtiger zur Pistole zu greifen und aus eigener Machtvollkommenheit — im Schutze des famosen Heine-Severingschen Schießerlasses — Todesurteile zu vollziehen. Deswegen fort mit Plempen und Seitengewehren in und außer Dienst, selbst wenn es einzelnen Offizieren und Beamten, die verknöcherte Militaristen sind, schwer fallen sollte, auf den Bratspieß zu verzichten!

In der Kaserne

Die Berliner Schupo ist fast durchweg in den ehemaligen Kasernen der kaiserlichen Garden unseligen Angedenkens untergebracht. Besser wäre es, wenn all die Knechtseelen, die sich nach Monarchie, Drill, Kommiß und Kadavergehorsam zurücksehnen und am liebsten aus ganz Deutschland eine Kaserne machen möchten, in diese ihre Idealwohnungen zwangseinquartiert würden. Heraus aus den Villen, hinein in die Kasernen!

Mit allen möglichen Mitteln versuchen Beamte und Behörden, den Kasernen das spezifisch Kasernenmäßige zu nehmen, durch Umbau der großen Stuben, gefällige Raumverteilung, schwache Belegschaft der Zimmer, Anbringung von Papiervorhängen, Dekoration und Bilderschmuck. Schwarz-weiß-rot und Bilder der Psychopathenfamilie Hohenzollern, Hindenburg, Ludendorff usw. dominieren. Sollten es am Ende die republikanischen Offiziere so wollen? Die kaiserlichen Klunkerorden, die sie stolz zur Schau tragen, lassen darauf schließen.

Die früheren so unfreundlichen Speiseräume sind in anheimelnde „Wohlfahrtsräume“ umgewandelt, in denen an kleinen gedeckten Tischen die Beamten ihre Mahlzeiten einnehmen. Verschiedentlich sind besondere Lese- und Schreibzimmer vorhanden. Eines fehlt aber durchweg: Büchereien. Hier ist seitens der vorgesetzten Dienststellen etwas außerordentlich Wichtiges nachzuholen; denn nicht nur eine gute Ausbildung ist den Beamten vonnöten, sondern auch Geistes- und Gemütsbildung.

Die Wachen unterscheiden sich sehr wenig von den früheren Polizeiwachen. Für die kurzen Ruhestunden während des Nachtdienstes stehen bezogene Betten zur Verfügung. Der Polizeitelegraph orientiert die einzelnen Wachen ständig über die Vorkommnisse in Berlin. Ueber jede Sistierung ist genau Buch zu führen.

Die Verpflegung der Beamten ist in Anbetracht der dafür ausgeworfenen Mittel — 10,50 Mark einschl. 1,95 Mark Brotgeld pro Tag — als sehr gut zu bezeichnen.

In überaus reichlichem Maße huldigt die Schupo dem Sport jeder Art. Nicht nur Leichtathletik wird betrieben und die verschiedenen Rasenspiele. Ein besonderer Lehrer erteilt Unterricht im Boxen, ein anderer im Jiu-Jitsu, diesem raffiniert ausgeklügelten, auf genauer Kenntnis der mechanischen Kräfte und des Körperbaues des Menschen aufgebauten Verteidigungssystems der Japaner.

Was macht die Schupo unbeliebt?

Bei einer Zusammenkunft mit den Kommandeuren der Schutzpolizei betonte der Innenminister, daß die Schutzpolizei eine reine Polizeitruppe sei. Daß sie es bis heute noch nicht gewesen ist, daß sie beim Kapp-Putsch sowie später bei wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiterschaft eine mehr als sonderbare Rolle spielte und daß ganz besonders eine mehr oder minder große Zahl von Schupobeamten sich Ausschreitungen gegen Verhaftete, ob schuldig oder unschuldig, in brutalster Weise zuschulden kommen ließ und leider noch immer läßt, das sind die hauptsächlichsten Ursachen dafür, daß die Schupo in außerordentlich großen Volksschichten unbeliebt ist. Uns dünkt, daß der kategorische Imperativ „Achtung! Sipo kommt! Maul halten!“, der als Haussegen eine Kasernenstube schmückt, mehr ist, als ein bloßer Witz.

Es geht aber auch anders!

Wir wissen, daß die Schupo-Beamten den proletarischen Volksschichten entstammen, daß sie früher an der Drehbank oder der Maschine standen oder als Angestellte den Federhalter schwangen. Sie sind Proletarier, und tausende von Fäden verbinden sie mit den Arbeitskameraden von einst.

Wir wissen auch, daß sicherlich das Gros der Beamten die bestehenden Mißstände nicht gut heißt. Pflicht dieser Beamten ist es, mit aller Macht dafür zu sorgen, daß den Schädlingen unter ihnen, die die Schupo unweigerlich in immer größeren Gegensatz zur Bevölkerung bringen, das Handwerk gelegt wird.

Die Pflicht der republikanisch gesinnten Beamten ist es aber auch, den Einfluß der monarchistisch-gesinnten Offiziere zu paralysieren und sich gegen ihre reaktionäre Propaganda zu wenden, wenn nicht anders, durch die Flucht in die Oeffentlichkeit.

Die Schutzpolizei ist für das Publikum da und nicht umgekehrt. Von Kasernenhofton und Unteroffiziersgeist haben wir genug Kostproben erhalten. Wird dies von den Beamten beachtet, dann wird sich sehr bald das Mißtrauen gegenüber den Grünen in Vertrauen umwandeln. Aber auch nur dann! Tyllus.

Am Freitag, den 27. Januar

abends 6 Uhr, findet im Berliner Rathaus, Plenarsitzungssaal, Eingang Königstraße, eine

Zusammenkunft sämtlicher Stadt- und Bezirksverordneten, Magistrats- sowie Bezirksamtsmitglieder

statt. Die Tagesordnung lautet:

„Das werdende Groß-Berlin“

Referent: Bürgermeister Carl Leid

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Der Brand der Sarotti-Werke

Die bisherigen amtlichen Ermittelungen

Die bisherigen amtlichen Ermittelungen über den Brand der Schokoladenfabrik Sarotti in Tempelhof weichen von privaten Feststellungen in einigen Punkten ab. Die Ursache des Brandes ist noch nicht authentisch fest, dagegen steht fest, daß das Feuer in der neunten Stunde im Packraum, wo u. a. auch Holzwolle, Papier, Kartons und anderes leicht brennbares Material in Hülle und Fülle lagerte, überraschend schnell auskam und reiche Nahrung fand. Mit Feuerlöschapparaten und mit der vorhandenen Hauslöscheinrichtung wurde dann versucht, das höchst gefährliche Feuer zu löschen. Alle Bemühungen waren angesichts der Ausdehnung der Flammen und der gegebenen Verhältnisse vergeblich. Sowie man an einer Stelle glaubte, die Flamme gelöscht zu haben, schlugen sie an einer anderen Stelle von neuem empor. Diese Stellen waren räumlich weit voneinander getrennt. Während es anfänglich nur an der Nordwestecke brannte, machte man plötzlich die Wahrnehmung, daß auch die Südostecke in solcher Ausdehnung brannte, daß eine Panik unter der Belegschaft ausbrach. Der Mangel von Brandmauern, von Podesten, Feuersteigeleitern u. dgl., erschwerte die Löschung ungemein.

•

Gestern fand eine Aufsichtsratssitzung der Sarotti-Aktiengesellschaft statt. Es wurde folgendes beschlossen: Die „Sarotti“-Aktiengesellschaft erwirbt die Fabrikanlagen der J. D. Groß-A.-G., Berlin, um unter eigener Leitung während der Zeit des Wiederaufbaues der Fabrik den dringendsten Anforderungen genügen zu können. Bereits von heute, Mittwoch, ab werden diese Anlagen zur Erzeugung der „Sarotti“-Fabrikate benutzt werden. Außerdem schweben Verhandlungen zur Miete anderer geeigneter, in der Nähe der alten Fabrik gelegener Fabrikräume. Um die 12 Millionen Mark Aktien der J. D. Groß-A.-G. zu erwerben und den Wiederaufbau des ganzen Unternehmens zu erleichtern, soll in einer außerordentlichen, auf den 27. Februar d. J. einzuberufenden Generalversammlung der Verwaltungsrat ermächtigt werden, neue Aktien im Nominalbetrage bis zu 28 Millionen Mark unter Ausschluß des Bezugsrechtes der Aktionäre auszugeben.

Der vorstehenden Mitteilung ist nicht zu entnehmen, ob die ganze Belegschaft oder nur ein Teil derselben sofort Beschäftigung findet. Ferner fehlt jedes Wort darüber, ob und in welcher Weise der bereits entstandene, sowie der evtl. noch entstehende Verdienstentgang vergütet und die der Arbeiterschaft an Leib und Habe erwachsene Schädigung wenigstens

---

Der einzige Weg

Roman von Paul Reboux

Uebersetzt von Rudolf Fürst.
Copyright 1921 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig.

(76. Fortsetzung)

Sie waren so glücklich. Réal war für Augenblicke bis zur Kindlichkeit vergnügt, und er kannte nur den einen Wunsch, Yvonne ein schönes und vornehmes Leben zu bereiten. Sie mußte ihn bisweilen zur Vernunft mahnen.

Sie beschlossen, ihr Glück geheim zu halten. In einem Dörfchen am Walde von Fontainebleau mieteten sie ein Häuschen mit schöner Aussicht. Hier lebten sie und kümmerten sich nicht um die Welt.

Einzig Frau Varavère wußte um diesen Unterschlupf. Einige Möbel Yvonnes, Réals Bücher und der ihm verbliebene Teil des Hausrates genügten für eine sehr einfache Ausstattung, die ganz ihren Wünschen entsprach.

Hier brachte Réal seine Gedankengänge zu Papier. Er versuchte, die Vernunftgründe darzulegen, die ihn veranlaßten, eine französisch-deutsche Versöhnung als Grundlage eines europäischen Völkerbundes vorzuschlagen. Wer konnte es wissen? Vielleicht würde dieser Gedanke, der sein Leben zerstört hatte, sobald er erst einmal ausgesprochen war, in Deutschland wie in Frankreich schlummernde Stimmen des Gewissens wachrufen, vielleicht genügte es, daß ein ehrlicher Mann ein vernünftiges Wort sprach, um ihm die öffentliche Meinung zuzuführen.

Eines Abends sagte er zu Yvonne:

„Hör' mir zu.“

Und er las ihr die folgenden Ausführungen vor:

Der einzige Weg.

I

Ich setze mich für die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland ein:

weil meine Liebe zu Frankreich nicht durch Haß und Hochmut befleckt ist, und weil ich es ablehne, uns nochmals durch die Eitelkeit der Diplomaten, den Ehrgeiz des Generalstabes und die Habgier der Wechsler und Händler ins Verderben reißen zu lassen.

II

Unsere heutige Lage erlaubt uns nicht, die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland von der Hand zu weisen:

weil die Völker entstehen, blühen, welken und sterben, wie die Sitten, die Menschen, die Denkmale, die Waldbäume;

weil es einem guten Franzosen nicht ziemt, die Augen vor den Zeichen zu schließen, die unser Schicksal bedeuten,

weil es kein Heilung bedeutet, wenn man über diese Zeichen schwatzt;

weil es noch weniger ein Heilmittel ist, sie zu verschweigen;

weil die Ergebnisse der Statistik und weil die Tatsachen nicht dadurch umgestoßen werden, daß man die Franzosen das klügste, geistreichste und ritterlichste Volk nennt und die Deutschen als Boches beschimpft.

III

Wir müssen durch ein französisch-deutsches Bündnis zur Kraft und zum Frieden gelangen:

weil sich Frankreich auf eins der großen Völker Europas, auf das englische oder das deutsche, stützen muß;

weil England und Amerika Nebenbuhler sind; hüten wir uns davor, daß ihre künftigen Streitigkeiten auf unserem Rücken ausgefochten werden;

weil nach dem letzten Krieg, in dem Frankreich sechsmalhunderttausend Menschen mehr verloren hat als England und Amerika zusammen, unser Frank im Vergleich zum Pfund und zum Dollar den uns allen bekannten Wert hat. Zwischen diesen beiden Ländern und uns steht es so wie zwischen jenen Ehegatten, die sich freundschaftlich getrennt haben, einander immer wieder versichern: „Wir bleiben die besten Freunde von der Welt,“ die diese Zusicherung glauben, einander aber nach Kräften aus dem Wege gehen;

weil ich es für würdiger halte, mit mit meinem Feind zu versöhnen, als dem hochmütigen Nachbar, der mir nur mit Beileidsbezeigungen hilft, unterwürfig zuzulächeln.

IV

Eine französisch-deutsche Versöhnung würde Frankreich, Deutschland und schließlich der ganzen Welt zum Vorteil gereichen:

weil diese Gruppe von hundert Millionen Menschen, an die sich unfehlbar Rußland, sobald es zur Ruhe gekommen ist, ferner Italien, Spanien, die skandinavischen, ottomanischen und Balkanvölker anschließen würden, die Vereinigten Staaten von Mitteleuropa bilden würde, an deren Gestaltung von ganzer Seele mitzuarbeiten unsere Pflicht ist;

weil es Zeit ist, daß Europa aufhört, einem Krankenhause zu gleichen, in dem sich die Kranken streiten und einander die Heilmittel an die Köpfe werfen, statt sie zu ihrer Gesundung zu verwenden;

weil der Versuch, Deutschland zu unserem Vorteil zu lähmen, von großer Kurzsichtigkeit zeugt. Er liegt ganz im Sinne der Engländer, weil er sie vor dem industriellen Aufschwung ihres Nebenbuhlers schützt. Aber er ist verhängnisvoll für Frankreich, denn er rechfertigt Deutschlands Feindseligkeit gegen uns. Ein Jahr der Ruhe und des fruchtbaren Friedens wird uns viel reicher machen als ein Jahr unmöglicher Forderungen;

weil der Friedensvertrag, den wir zu einem Rachevertrag gemacht haben, undurchführbare Härten enthält. Deutschland wird unsere Forderungen erst dann bezahlen können, wenn es stark genug ist — uns abzuweisen.

V

Frankreichs Wiederaufbau und Deutschlands Wiederaufbau können nur durch eine Versöhnung zwischen den beiden Staaten gesichert werden:

weil es in Deutschland Ueberlieferung ist, daß die klugen und erfinderischen Köpfe hochgeschätzt, die Gelehrten gefördert, die Professoren ausreichend bezahlt, die Erfinder sichergestellt, die Geschäftsleute durch ihre Regierung gestützt werden, die Diplomaten in Handelsfragen Bescheid wissen.

Eine engere Verbindung mit einem solchen Land kann uns nur zum Vorteil gereichen.

Und wir wären Verbrecher, wollten wir die Auferstehung eines großen Volkes hindern, das unserer Zeit zur Ehre gereichen wird, sobald es auf seinen schrankenlosen patriotischen Ehrgeiz verzichtet hat;

weil Frankreich nur zwischen Despotismus und Anarchie zu wählen hat, wenn es sich jener Art des Wiederaufbaus entgegenstellt. Ein solches Bündnis aber würde ein Zeitalter christlicher Liebe gewährleisten, Stadtarbeiter wie Landarbeiter würden endlich einen langen Zeitraum ohne Mord kennen lernen. Die Industriellen würden nicht Mittel zum Töten, sondern Mittel zum Leben erzeugen; und die Käufer, von Steuern weniger bedrückt, würden ihren Vorrat billiger in einer Staatengruppe ergänzen können, die so groß und so ertragreich ist, daß sie fast völlig auf sich beschränkt bleiben kann.

VI

Die Erinnerung an die Vergangenheit soll uns nicht verleiten, die Idee einer französisch-deutschen Entspannung von der Hand zu weisen:

weil die Versöhnung des Siegers mit dem Besiegten ein weltgeschichtliches Gesetz ist;

weil der Angriff von 1914 nur der erste Stoß zweier gegeneinander längst gerüsteter Kämpfer war;

weil die Kriegsverbrechen der Deutschen nur allgemeine militärische Verbrechen waren;

weil der Grundsatz „Auge um Auge“ nur dazu führt, daß zwei Augen statt eines ausgestochen werden, ohne daß der Einäugige aufhört, einäugig zu sein.

(Fortsetzung folgt.)

einigermaßen ausgeglichen werden sollen. Klar ist nur so viel, daß schleunigst weiter fabriziert werden soll, und zwar auf vergrößerter Basis, um durch erhöhte Profite die erlittenen Verluste ehestens aufzuholen. Die Arbeiterschaft muß zufrieden sein, wenn dabei überhaupt etwas für sie abfällt, was aber die Herren vom Aufsichtsrat nicht hindern wird, sich in wohltönenden Deklamationen über die „Opfer" zu ergehen, die sie zugunsten „ihrer Leute" gebracht hätten.

Der Strauchritter vom Schwielowsee

Jeder Zoll ein Junker und ein Rowdy.

Vor den Toren Berlins, am Schwielowsee, erhebt sich das Schloß Petzow, allwo das Geschlecht derer von Kähne haust. Viele Ausflügler haben die Schrotkörner, viele schon die Kugeln derer v. Kähne gespürt, und viele mögen auch schon zu Krüppeln geschossen sein, denn die edlen Herren erfrechen sich, jeden als vogelfrei zu betrachten, der es „wagt", den Fuß auf „ihr" Gebiet zu setzen. Urteile von der geringsten bis zur höchsten Geldstrafe sind wegen Körperverletzung gegen die Herren auf Petzow ergangen. Die Urteilsbegründungen sprechen davon, daß die v. Kähne schon von Kindheit an dazu angehalten werden, bei wirklichen oder vermeintlichen Rechtsverletzungen auf ihrem Gebiete sofort zur Waffe zu greifen.

Jetzt stand der jüngste des Geschlechts, der 28jährige Rittergutsbesitzer Karl v. Kähne, Herr auf Petzow, wegen versuchten Totschlags in der Anklagebank des Potsdamer Schwurgerichts. Am 8. Juli 1920 hatten sich harmlose Automobilisten verfahren. Statt nach Ferch waren sie auf den Herrensitz gelangt. Die alte Herrin v. Kähne, die gerade mit der Besprengung ihres Schloßgartens beschäftigt war, richtete nun kurz entschlossen den Gartenschlauch auf das Automobil und spritzte auf die Insassen nach Leibeskräften. Empörte Schimpfworte und drei Steine flogen aus Revanche in den Schloßgarten. Karl v. Kähne beobachtete diesen Vorgang aus einem Fenster, und sofort feuerte er drei Schüsse auf das abfahrende Automobil. Glücklicherweise verfehlten die Kugeln ihr Ziel. Der Wagen raste davon, der Angeklagte aber schwang sich auf seinen Hengst Sultan und ritt ungesattelt den Automobilisten nach. In Mittelbusch schließlich hatte er diese eingeholt. Der Inhaber des Automobils stellte nun Herrn v. Kähne zur Rede, und dieser meinte: „Schade, daß die Kugeln nicht getroffen haben, sonst hätte er hochgestanden wie ein Hase."

Die Beweisaufnahme in der Verhandlung ergab, daß der Angeklagte schon dreimal wegen Körperverletzung mittels einer Waffe vorbestraft ist. Er gab bei seiner Vernehmung an, daß er schon von Kind auf daran gewöhnt sei, stets sofort zur Waffe zu greifen. Die Geschworenen verneinten die Hauptfrage nach versuchtem Todschlag und bejahten die Frage nach Bedrohung. Der erste Staatsanwalt, Dr. Gerlach, beantragte sechs Wochen Gefängnis mit der Begründung, daß Geldstrafen für die Herren v. Kähne nur Bagatellen seien. Mit diesen Wildwestzuständen, die auf dem Schlosse herrschen, müsse endlich aufgeräumt werden und das Knallen auf die Menschheit unterbunden werden. Nach längerer Beratung wurde der Angeklagte zu zehntausend Mark Geldstrafe verurteilt.

Warum sperrt man den Burschen nicht ein? — Antwort: Weil er kein Arbeiter ist.

Auch eine „Achtungsverletzung"

Reichswehrsoldaten dürfen nicht kameradschaftlich handeln

Ein Drama aus einer „kleinen Garnison" bildete den Mittelpunkt einer Verhandlung, welche gestern das Amtsgericht Berlin-Tempelhof beschäftigte. Wegen Vergehens gegen den § 91 des Militärstrafgesetzbuchs (Achtungsverletzung) waren der Gefreite Eduard Fischer und der Kraftwagenführer Karl Standke angeklagt. — Im Sommer 1920 nahm sich der Kraftwagenführer Uhlig, der damals bei der 1. Kompagnie der Kraftwagenabteilung Nr. 3 in Lankwitz Dienst tat, durch Erschießen das Leben. Die beiden Angeklagten Fischer und Standke, welche Abteilungs- bzw. Kompagnie-Vertrauensleute bei der Kraftfahrabteilung waren, teilten damals dem Vater des Verstorbenen mit, daß Uhlig durch die Behandlung durch seine Vorgesetzten, den Abteilungsführer Hauptmann Stark und Oberfeldwebel Schulz, zum Selbstmorde getrieben worden sei. In dieser Mitteilung sieht die jetzige Anklage eine Achtungsverletzung im Sinne des § 91 des Militärstrafgesetzbuches.

In der Verhandlung machen die Angeklagten zu ihrer Verteidigung geltend, daß sie lediglich dem Auftrage des Sterbenden nachgekommen seien und sie als Vertrauensleute unbedingt der kameradschaftlichen Pflicht, dem Vater Mitteilung zu machen, hätten nachkommen müssen. Uhlig habe, nachdem er sich in die Brust, oberhalb des Herzens, geschossen hatte, noch 1½ Stunden gelebt und, auf der Bahre liegend, kurz vor seinem Tode ihnen erklärt, daß die Behandlung durch die Vorgesetzten die Ursache zu seinem Selbstmorde sei. Sie sollten seinen Vater und seine Braut grüßen und dafür sorgen, daß der Vorfall in die „Rote Fahne" komme. Auf eine Frage des Vorsitzenden, ob Uhlig tatsächlich von seinen Vorgesetzten schikaniert worden sei, bekunden die Angeklagten manche Einzelheit, die darauf schließen läßt. Auf die Frage, ob sich bei der Truppe in Lankwitz auch andere Angehörige erschossen hätten, erklärt der Angeklagte Fischer, daß sich ein Gefreiter Vogel ebenfalls erschossen habe.

Der als Zeuge vernommene Vater des Uhlig, der am Staatstheater tätige Schauspieler und Komparseriedirektor Uhlig bekundet, ihm gegenüber habe sein Sohn sich nur einmal beklagt, daß er gar nicht den eigentlichen Dienst tun, sondern stets nur allerlei Schmutzarbeiten verrichten müsse.

Der nächste Zeuge, Oberfeldwebel Schulz, bezeichnet den erschossenen Uhlig als einen Menschen, der sehr liederlich und leichtsinnig gewesen sei. Richtig sei, daß er häufig mit Uhlig zu tun gehabt habe, weil dieser alles sehr leicht nahm, mit schmutzigem Hemd und schmutzigen Stiefeln herumlief und auch sonst unaufmerksam und völlig unzuverlässig war.

Der Vertreter der Anklage beantragte, indem er jetzt nicht mehr Achtungsverletzung, sondern Beleidigung als vorliegend ansah, gegen Fischer 4 Monate und gegen Standke 2 Monate Gefängnis. Das Gericht folgte, wie der Vorsitzende in der Urteilsbegründung mitteilte, den Ausführungen des Anklagevertreters. Die Angeklagten hätten ihre Stellung als Vertrauensleute völlig verkannt. Sie haben, ohne irgendwie dazu Veranlassung zu haben, dem Vater erklärt, daß sein Sohn durch schlechte Behandlung zum Selbstmorde getrieben worden sei. Darin liege eine Beleidigung der Vorgesetzten. Das Gericht habe die Sache aber milde angesehen und gegen beide die niedrigsten gesetzlich zulässigen Strafen verhängt, nämlich gegen Fischer 43 Tage Gefängnis und gegen Standke 3 Wochen Arrest. Da beide Angeklagte unbescholtene Leute sind, habe das Gericht die bedingte Begnadigung angewandt und ihnen eine Bewährungsfrist von 3 Jahren gegeben. — Nach Lage des Falles war natürlich ein freisprechendes Urteil das einzig Richtige, denn die beiden Angeklagten befanden sich zweifellos im guten Glauben und waren — mit Recht — der Meinung, einer Kameradschaftspflicht genügen zu müssen.

Der Ausbau der Hygiene in gewerblichen Betrieben. Das Preußische Staatsministerium hat unter dem 9. September 1921 einen Beschluß über die Anstellung von Gewerbeärzten zur Mitarbeit und zum Ausbau der Hygiene in gewerblichen Betrieben erlassen. Der Beschluß wird in einer der nächsten Nummer der Gesetzsammlung veröffentlicht werden. Die nach diesem Beschluß anzustellenden Gewerbeärzte führen die Amtsbezeichnung „Gewerbemedizinalrat". Der Aufsichtsbezirk des Gewerbemedizinalrates für Berlin umfaßt die Stadtgemeinde Berlin.

Gewerkschaftliches

Aufbauarbeit in Frankreich

In einer Fachgruppenversammlung für Hoch- und Tiefbautechniker, die am 20. Januar stattfand, berichtete Genosse Kaufmann, der im Auftrage des AfA-Bundes an den Wiederaufbauverhandlungen zwischen den deutschen und französischen Gewerkschaften beteiligt war, über seine Reiseeindrücke in Nordfrankreich. Ueber dieses Referat wird uns berichtet: Der Referent schilderte die Stimmung, die sich nach dem Waffenstillstand in Frankreich entwickelt hat, sowie die verschiedenen Konferenzen mit den dortigen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten. Er konnte feststellen, daß sich auf beiden Seiten der Grenze Arbeiterinteressengemeinschaften bildeten, um in den am meisten verwüsteten Zonen Aufbauarbeit zu leisten. Auch die französischen Proletarier sahen bald ein, daß sie ein Spielball für ihre kapitalistischen Ausbeuter werden sollten und gaben wiederholt durch ihre Organisation zu erkennen, daß sie einer Zulassung deutscher Arbeiter zum Wiederaufbau des zerstörten Gebietes nicht mehr unfreundlich gegenüberstehen.

In eindrucksvollen Beispielen schilderte der Referent, wie freudig bewegt die Bewohner der zerstörten Gebiete der Kommission der deutschen Arbeitnehmer entgegentraten, weil sie nunmehr die Hoffnung hatten, daß mit dem Wiederaufbau endlich begonnen werden würde. Muß man doch feststellen, daß im zerstörten Gebiet zwar Straßen und Eisenbahnen sowie Kanäle baldigst wiederhergestellt worden sind, daß aber von den rund 600 000 zu Wohnzwecken dienenden Gebäuden **nur etwa 15 000 wieder wohnfähig** gemacht wurden. Die übrigen Bewohner hausen in Unterkunftsräumen, Blechbaracken und verlassenen Unterständen, die jeder Kultur Hohn sprechen.

Die im Frühjahr 1921 durch den Bund der Kriegsgeschädigten in den zerstörten Gebieten vorgenommene Abstimmung über die Zulassung oder Nichtzulassung deutscher Arbeiter, Techniker und Ingenieure ergab **96 Prozent der Stimmen für die Zulassung.** Daß dieses Ergebnis der französischen Kapitalistenklasse nicht angenehm war, ist einleuchtend, und bei einer nochmals vorgenommenen sogenannten „amtlichen" Abstimmung, die mit allen Schikanen der Wahlmache arbeitete, wurde auch glücklich erreicht, daß sich nunmehr 52 Prozent gegen und nur 48 Prozent für die Zulassung aussprachen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß während der Wahlagitation den Abstimmenden oftmals gesagt wurde, daß sie alle Rechte verlieren würden und das ganze Risiko auf sich nehmen müßten, wenn sie für die Zulassung stimmen sollten.

Aus all dem kann man auch hier wieder ersehen, daß die arbeitenden Völker sich durchaus nicht feindlich gegenüberstehen, sondern sehr wohl das gegenseitige internationale Verständnis besitzen, daß ihre Lage nur verbessert werden kann durch die tätige Teilnahme der gesamten Proletarier. Nur die ausbeutende Klasse ist es, die ständig versucht, die Arbeitnehmerschichten gegeneinander aufzuhetzen. Das jetzige französische Ministerium bedeutet zwar einen Aufschub in der Betätigung deutscher Arbeitskräfte in den zerstörten Gebieten, aber dieser Gedanke hat auch in dem Herzen der französischen Bevölkerung, die von der Kriegszerstörung besonders getroffen worden ist, Wurzel gefaßt und wird sich durch keinerlei Maßnahmen mehr ausschalten lassen.

Streik in der Zigarettenindustrie

Die Gauleitungen des Tabakarbeiterverbandes und des Metallarbeiterverbandes teilen uns mit:

Die Firmen „Tasji-Thespia" und „Karmitri", Berlin, haben vor ungefähr einem halben Jahr in Muskau größere Grundstücke angekauft und betreiben dort die Zigarettenfabrikation. Die Arbeiterschaft in Muskau war über diese Betriebserweiterungen sehr erfreut, hofften sie doch nun auch in Muskau lohnende Beschäftigung zu erhalten. Daß aber die Firmen die Verlegung der Betriebe von Berlin nach Muskau nur deshalb vorgenommen hatten, um recht billige und willige Arbeitskräfte zu erhalten, sollten die Muskauer Arbeiter bald erfahren. Den gelernten Schlossern, welche als Maschinenführer angelernt wurden, zahlte man einen Stundenlohn von 5 M., Arbeiterinnen bis zu 16 Jahren erhielten 1,40 M., über 16—18 Jahren 1,90 M. und über 18 Jahren 2,40 M. pro Stunde.

Da mit diesen Hungerlöhnen bei der steigenden Teuerung auch in Muskau nicht auszukommen war und die Firma mit einer Zulage von 10 Pfg. pro Stunde glaubte die Teuerung ausgeglichen zu haben, suchten die Arbeiter Hilfe bei ihrer zuständigen Organisation und verlangten, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt werden. Da in der schlesischen Zigarettenindustrie ein rechtsgültiger Tarifvertrag besteht, erklärten die Organisationsvertreter dafür sorgen zu wollen, daß auch die Arbeiter und Arbeiterinnen in Muskau die Löhne erhalten, welche tariflich in der schlesischen Zigarettenindustrie festgesetzt sind. Zahlt doch die Firma „Tasji-Thespia" allein an die Arbeiterinnen in Muskau pro Woche 130—150 M. weniger an Lohn, wie die übrigen Zigarettenbetriebe in Schlesien. Auf die eingereichten Forderungen der beiden beteiligten Verbände wurde den Gauleitungen mitgeteilt, daß die Betriebsleitung es ablehne, in irgendwelche Verhandlung über eine Lohnzulage einzutreten, da die gezahlten Hungerlöhne ausreichend wären.

Da mit der Betriebsleitung eine Einigung unmöglich war und der Schlichtungsausschuß von Muskau es ablehnte, vermittelnd einzugreifen, blieb der Belegschaft nur das letzte Mittel im Kampfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, und zwar die Arbeitsniederlegung übrig, welche am Montag, den 23. Januar, einmütig erfolgte.

Die Belegschaft der Zigarettenfabriken „Tasji-Thespia" und „Karmitri" erwarten von der Arbeiterschaft Deutschlands, daß **sie jeglichen Zuzug fernhält und keine Streikbrecherarbeit verrichtet!**

Verhandlungen der Reichsarbeiter

Am Montag, den 23. d. Mts., fanden im Reichsfinanzministerium Verhandlungen mit den Arbeitergewerkschaften statt, um das sogenannte Schwesterabkommen der Eisenbahner auch auf die Verwaltungs- und Betriebsarbeiter des Reiches zu übertragen. Eine Einigung konnte leider nicht erzielt werden, da die Regierung im Augenblick aus prinzipiellen Gründen der Forderung der Gewerkschaften nicht stattgeben wollte. Die Verhandlungen mußten schließlich vertagt werden, um der Regierung Gelegenheit zu geben, sich mit dem zuständigen Ausschuß des Reichstages in Verbindung zu setzen, damit die schwebende Regelung der Bezüge für die Beamten in den besonders teuren Orten mit größtmöglichster Beschleunigung ihre Erledigung finden kann. Hiernach dürften aber dann für die Regierung die prinzipiellen Bedenken nicht mehr bestehen, und es ist dann zu erwarten, daß den Forderungen der Gewerkschaften voll entsprochen wird. Im gegenteiligen Falle wäre aber auch, bedingt durch die starke Erregung dieser Arbeitergruppen, mit ernsten Konflikten zu rechnen.

Graphisches Gewerbe. Heute, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, Sitzung des Graphischen Aktionsausschusses bei Baum, Stallschreiberstraße 47. Erscheinen unbedingte Pflicht.

Volksfürsorge! Freitag, den 27. Januar 1922, findet eine Obleuteversammlung im Gewerkschaftshause, Engelufer 25, Saal 10, abends 7 Uhr, statt. Tagesordnung: Jahresbericht für das Jahr 1921. Referenten: Gen. Hirsch und Lohmeyer.

Eisenbahner. Diejenigen Kollegen, welche Mitglieder unserer Organisation sind und noch Streikunterstützung erhalten, haben dieselbe bis spätestens Sonnabend, den 28. d. M., auf unserm Bureau, Linienstr. 83—85, Zimmer 10, in der Zeit von 9—4 Uhr abzuholen. Spätere Reklamation wird nicht berücksichtigt. — Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Am Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 Uhr, findet in der Schultheiß-Brauerei (frühere Unions-Brauerei), Hasenheide 22/31, eine Funktionärversammlung aller in der Metallindustrie der dem V. V. M. I. angeschlossenen Betriebe beschäftigten Kollegen statt. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen. — Die Ortsverwaltung.

U. S. P.-Buchbinder! Heute ab 4 Uhr nachmittags Ausgabe der Flugblätter bei Reimer, Kommandantenstr. 46. Kolleginnen und Kollegen! Erscheint zahlreich und pünktlich in der am Donnerstag nachmittag 4½ Uhr im Deutschen Hof, Luckauer Straße, stattfindenden Branchenversammlung der Buchbinder! — Der Fraktionsvorstand der U. S. P.

„Der kaufmännische Lehrling in der Vergangenheit und Zukunft" ist das Thema, das in einer Jugendversammlung des Zentralverbandes der Angestellten in der Schulaula, Niederwallstraße 12, am Mittwoch, den 25. Januar, abends 7 Uhr, behandelt wird. Referent ist Fritz Schmidt. Diese Versammlung verdient die Beachtung aller derjenigen, die für die Berufsaussichten und die wirtschaftliche Lage der jugendlichen Angestellten und Kaufleute Interesse haben.

Aus dem preußischen Landtag

Im preußischen Landtag wurden gestern die Beratungen über die Verhältnisse in den besetzten Gebieten fortgesetzt. Der rechtssozialistische Abgeordnete Haas hob insbesondere hervor, daß die Arbeiterschaft in den besetzten Gebieten dem Reiche die Treue wahre und allen Absplitterungsversuchen wirksam entgegentrete. Er schilderte dann die Notlage der Gemeinden im besetzten Gebiet und wies ganz mit Recht darauf hin, daß die Gemeinden von den Lasten der Besatzung befreit werden müssen. Die Besatzung des Rheinlands sei eine Folge des Krieges und des Friedensvertrages, den das Reich zu erfüllen habe, unmöglich könnte den Gemeinden zugemutet werden, die Pflichten des Reiches auf sich zu nehmen. Haas polemisierte zum Schluß gegen die Rechte, die dem Nationalismus im Ausland immer wieder Wasser auf die Mühlen liefere. An der Erfüllungspolitik müsse festgehalten werden, weil diese nicht nur der Bevölkerung in den besetzten Gebieten, sondern dem ganzen deutschen Volke zugute komme.

Nachdem der Kommunist Plenge im Gegensatz zu der sogenannten „schwarzen Schmach" auf das Bestehen einer weißen Schmach in Deutschland hingewiesen hatte, kam Genosse Ullmer zum Wort und zog durch eine kurze Rede die Aufmerksamkeit des Hauses auf sich. Er führte folgendes aus:

Auch die Unabhängige Sozialdemokratische Partei erkennt die berechtigten Forderungen des besetzten Gebietes an. Die Bevölkerung kann von der Besatzung aber nur so rasch wie möglich befreit werden, **wenn mit aller Schärfe die chauvinistischen und nationalistischen Bestrebungen bekämpft werden.** So schlimm, wie es von der rechten Seite geschildert wird, sind die Zustände im besetzten Gebiet keineswegs. Was über die „schwarze Schmach" gesagt wird, ist unwahr und haltlos. Leider muß auch das Zentrum daran erinnert werden, daß die Schwarzen Menschen sind. Der verstorbene Abgeordnete Erzberger hat sogar einmal im Reichstag gesagt, daß sie ebenso wie die Weißen eine unsterbliche Seele haben. Die Ausschreitungen der Soldateska gegen die Zivilbevölkerung entspringen dem Ungeist des Militarismus, die Weißen sind in dieser Beziehung nicht besser als die Schwarzen. Keine Nation hat der anderen etwas vorzuwerfen. Wenn die Besatzungsbehörden jetzt eine Aufsicht über die Schule ausüben wollen, so haben wir das in erster Linie jenen Lehrern zu verdanken, die der Reichsverfassung zuwider sehr oft in den Schulen eine schändliche Völkerverhetzung betreiben. Die Rechtsparteien haben keinen Grund, sich über den französischen Militarismus zu beschweren. Er ist Geist von ihrem Geiste. Die Generale Hoffmann und Ludendorff wünschen sogar, daß Frankreich nicht abrüstet, damit es in Verbindung mit einem verstärkten deutschen Heere den Kampf gegen den „Bolschewismus" aufnehmen könne. Dieses frevelhafte Spiel wird nur deshalb getrieben, um Konflikte zu erzeugen, damit die Rechtsparteien ihre unsauberen politischen Geschäfte machen können. Wenn es nicht so gefährlich wäre, würde es für die Nationalisten ein heilsames Mittel sein, ihnen einmal die Führung der politischen Geschäfte zu überlassen, damit das deutsche Volk endlich erkennt, **daß diese Kreise nichts zu leisten verstehen, sondern nur Unheil und Verderben anrichten.** Dann würden auch die Phrasen vom nationalen Widerstand wie Spreu zerstieben. **Nur eine ehrliche Erfüllungspolitik in Verbindung mit dem nationalen und internationalen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Ausbeuter und Unterdrücker kann der Welt den Frieden sichern.**

Die zu den Interpellationen eingebrachten Anträge wurden zur weiteren Beratung den Ausschüssen überwiesen. Die Anfragen und Anträge der Rechtsparteien über Oberschlesien wurden von der Tagesordnung abgesetzt. Sodann wurde über die Anträge auf Aufhebung der Immunität mehrerer kommunistischer Abgeordneter abgestimmt. Die Immunität des Abg. Schönebeck wird aufgehoben; dagegen stimmen neben den Unabhängigen und Kommunisten auch die Rechtssozialisten, während sie dann im folgenden Falle Eberlein mit den Bürgerlichen für die Strafverfolgung eintreten. Ein weiterer Antrag auf Verhaftung Eberleins wird mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die Stimmen der drei Arbeiterparteien angenommen.

Die Rechtsparteien nutzten, wie nicht anders zu erwarten war, die Beratung der Entschädigung der Ansiedler aus den polnisch gewordenen Gebieten und die Berücksichtigung der aus den besetzten Gebieten vertriebenen Landwirte bei Neuverpachtung von Domänen ebenfalls im nationalistischen Sinne. Bemerkenswert war neben der Erklärung, alles für die im Osten Geschädigten tun zu wollen, der Appell des Ministers Dr. Wendorff an die agrarischen Kreise, auch zu ihrem Teil mit dazu beizutragen, den geschädigten Landwirten Pachtangebote zu machen und dem Staat nicht allein die Sorge zu überlassen.

Eine zeitgemäße Erinnerung

Die Genossen Löwenstein und Kunert brachten folgende kleine Anfrage an die Regierung ein:

Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 15. März 1921 eine Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfs ersucht wird, durch welchen das Berechtigungswesen der öffentlichen Schulen einheitlich nach folgenden Grundsätzen zu regeln ist:

Die öffentlichen Schulen erteilen nur Berechtigungen, die aus ihren Bildungsaufgaben und ihren Lehrzielen naturgemäß folgen. Es sind Einrichtungen zu schaffen, die den Erwerb dieser Berechtigungen auch denen ermöglichen, die in einem freien Bildungsgange das Lehrziel der betreffenden öffentlichen Schulen erreicht haben. Die Einstellung in den öffentlichen Dienst darf nicht von dem Besuch einer bestimmten Schulart abhängig gemacht werden.

Was hat die Reichsregierung getan, um den Mehrheitswillen des Reichstags zu erfüllen? Wann wird der entsprechende Gesetzentwurf dem Reichstag zugehen?

Bei Husten, Heiserkeit, Asthma und Lungenleiden
San.-Rat Dr. Wegscheiders Brust-Tee
nach Original-Vorschrift seit Jahren ärztl. empf. und bewährt. Pakete 5.— u. 9.—
Elefanten-Apotheke, Leipziger Straße 74 am Dönhoffplatz Fernspr. Zentrum 7913